

# KOMMUNIKATION

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 6. April 1927

Nummer 28

### Tarifverhandlungen im Schriftgießergewerbe

Am 31. März 1927 traten in Berlin die Tarifparteien des Schriftgießergewerbes zusammen, um über die Neu- festsetzung des Lohnes nach Ablauf des bisherigen Lohn- tarifs (12. April d. J.) zu beraten. Die Verhandlungen ver- liefen zunächst ergebnislos. Da ein amtlicher Schlichter vom Reichsarbeitsministerium infolge des dort herrschenden Andrangs nicht gestellt werden konnte, einigten sich die Parteien auf ein freiwilliges Schiedsgericht, das noch am gleichen Tage unter dem Vorsitz des Herrn Reichswirt- schaftsrats Dr. Königsberger zusammentrat. Das Schiedsgericht fällte nach fünfständigen Verhandlungen folgenden

#### Schiedspruch

1. Der Spitzlohn des über 24 Jahre alten gelernten Arbeiters beträgt a) vom 13. April an bis einschließ- lich 4. Oktober 1927 wöchentlich 52,80 Reichsmark, d. h. 1,10 Reichsmark je Stunde; b) vom 5. Oktober 1927 bis ein- schließlich 31. März 1928 53,76 Reichsmark wöchentlich, d. h. 1,12 Reichsmark je Stunde.

2. Für Stücklohnarbeiter, die im geteilten Stücklohn arbeiten, wird die sich für jede Klasse ergebende Lohn- erhöhung der Grundgebühr zugeschlagen.

3. Für Stücklohnarbeiter, die im vollen Stücklohn arbeiten, werden die Stücklöhne vom 10. April bis ein- schließlich 4. Oktober 1927 um 7 Proz. und vom 5. Oktober 1927 bis einschließlich 31. März 1928 um weitere 2 Proz. erhöht.

Der Zuschlag von 7 bzw. 9 Proz. soll am Schluß der Stücklohnabrechnung zugeschlagen werden.

4. Die Parteien haben sich gegenseitig und gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden bis zum 9. April 1927 ein- schließlich über Annahme oder Ablehnung dieses Schieds- spruchs zu erklären.

Berlin, den 31. März 1927.

Otto Kraus, Ernst Hornte, Alwin Zahn,  
Karl Graumann, Dr. Poppelsbaum, Wisler,  
Dr. Königsberger.

### Zum Lohn tariffür die Hilfsarbeiterchaft

Der von der Prinzipalvertretung in der „Zeitschrift“ mit besonderer Schärfe bekämpfte Schiedspruch des Zen- tralschlichtungsamtes vom 12. März in Sachen des Hilfs- arbeiter tarifs (vgl. Nr. 22 des „Korr.“, Seite 132) ist vom Reichsarbeitsminister am 25. März für verbindlich erklärt worden. In der diesbezüglichen Begründung wird gesagt: „Der Schiedspruch der tariflichen Schlichtungsstelle läßt das bisherige Spannenverhältnis der Hilfsarbeiterlöhne zu den Löhnen der Gehilfen bestehen. Über die Erhöhung der Gehilfenlöhne haben sich die Parteien mit Hilfe der tariflichen Schlichtungsstellen verständigt. Für die Hilfs- arbeiter bedeutet die vorgeschlagene Regelung sonach die prozentuale Lohnserhöhung. Gegenüber der bisher- igen Regelung ist das Spannenverhältnis für einzelne Städte noch verringert. Die vorgeschlagene Regelung entspricht unter den obwaltenden Umständen der Billigkeit. Da auch in den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs eine Verständigung der Parteien nicht erzielt werden konnte, mußte im Interesse der Aufrechterhaltung eines tariflichen Zustandes und damit im Interesse der All- gemeinheit die Verbindlichkeitsklärung erfolgen.“ Mit der Forderung auf Einsetzung einer neuen Schlichtungs- kammer zwecks Umkrempelung des Schiedspruchs hatten demnach die Prinzipale kein Glück und es blieb ihnen nur noch übrig, ihre ursprüngliche Forderung gegen den Schieds- spruch in ein Lamento über ein mögliches Übergreifen der neuen Hilfsarbeiterlöhne im Buchdruckgewerbe auf das allgemeine Lohnniveau umzuwandeln. Eine gewisse Komik wäre diesem Argument nicht abzukraften. Denn vorher haben die Prinzipale die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Hilfs- arbeiterlöhne mit Hinweis auf die miserable Entlohnung un- gelernter und angelernter Arbeiter in andern Industrien und Gewerben begründet. Warum soll nun, nachdem das

gesteckte Ziel für die Prinzipale als unerreichbar erwiesen hat, nicht umgekehrt ein Schutz daraus werden, indem die angeblich so hohen Löhne der Hilfsarbeiter im Buch- druckgewerbe dazu führen könnten, daß auch die Löhne anderer Hilfsarbeiter den tatsächlichen Lebenshaltungs- kosten etwas näher kämen. Der Volkswirtschaft und der erforderlichen Stärkung der Kaufkraft der Massen könnte dies nur dienlich sein. Wollten daher die Lohnpolitiker auf Prinzipalsseite konsequent sein, und aus ihrem abermaligen Biaso auf diesem Gebiete endlich die praktisch nächst- liegenden Schlußfolgerungen ziehen, dann müßten sie in jenen Kreisen, die sich in gewissen außergewerblichen Unter- nehmerzentralen bisher anmaßten, dem Deutschen Buch- drucker-Berein Lohn- und Arbeitszeitrichtlinien mit mehr oder weniger Druck vorzuschreiben, auch einmal dafür sorgen, daß das was im Buchdruckgewerbe tariflich nicht zu umgehen war, in andern Industrien und Gewerben als nachahmenswertes Beispiel anerkannt wird. Das wäre viel vernünftiger als danach zu streben, die Rentabilität der Betriebe in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiterchaft sichern zu wollen. Auch bezüglich gewisser Klageleider auf Prinzipalsseite darüber, daß in der Begründung des Schiedspruchs vom 12. März 'den Buchdruckerhilfs- arbeiter eine besondere Qualifikation zuerkannt wird, wäre zu sagen, daß die Prinzipale sich eigentlich selbst das Verdienst dafür zuschreiben müssen. Denn in den Urträgen der Prinzipale zur Umgestaltung des Reichs tarifs für Hilfsarbeiter waren hinsichtlich Lehrgeld oder Ausbildungs- fristen für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen so weit- gehende Forderungen aufgestellt, daß von einem großen Unterschied der Ansprüche an die technische Leistungsfähigkeit des Hilfspersonals in Buchdruckereien und gelehrten Buch- druckern kaum noch die Rede sein könnte. Wenn nun auch der Schiedspruch den hinter diesen Prinzipalsforderungen versteckten Lohnbrüderüberzugen keine Rechnung getragen hat, so findet er doch in der technischen Seite der Prin- zipalsanträge eine so ausreichende Begründung, daß man sich nur darüber wundern muß, daß dies auf Prinzipals- seite anscheinend immer noch nicht verstanden wird. Hoffen wir, daß der weitere Verlauf der Dinge diese Erkenntnis doch noch zur Reife bringt und vergessen läßt, was einmal nicht zu ändern ist. Zur Erleichterung einer möglichst ze- lunglosen Anpassung nach dieser Richtung und zur För- derung einer noch besseren Durchsührung der Tariflöhne auch für die Buchdruckerhilfsarbeiterchaft verweisen wir auf die in Frage kommenden Lohn tabellen am Schluß dieses Artikels.

Der neue Reichs tarif für das Hilfspersonal ist wie der neue Buchdrucker tarif am 2. April d. J. in Kraft getreten und hat Gültigkeit bis 31. März 1929. Das neue Lohn- abkommen nach nachstehenden Lohn tabellen hat Gültigkeit vom 1. April ab und läuft bis 30. September d. J.; ab 1. Oktober tritt eine weitere Erhöhung nach den im Reichs- tarif festgelegten Anteilen aus der Spitzlohnserhöhung der Gehilfen von 1 M. ein. In einer in Nr. 14 der „Soll- darität“ veröffentlichten Bekanntmachung des Verbands- vorstandes der Hilfsarbeiterorganisation wird zur Beendi- gung der Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe zusammen- fassend gesagt: „Aus alledem geht hervor, daß es der Kraft unseres Verbandes wiederum gelungen ist, nicht nur die diesmal mit allem Nachdruck betriebenen Verschlechterungs- absichten der Unternehmer im Buchdruckgewerbe abzu- wehren, sondern darüber hinaus sehr beachtenswerte Ver- besserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die ge- samte deutsche Kollegenchaft herbeizuführen. Dieser Erfolg beruht einzig und allein auf der organisierten Gesell- schaftlichkeit und der Disziplin der Kollegen und Kolleginnen im ganzen Reiche. Möge er den wenigen, die noch abseits stehen, die Augen öffnen und ihnen zeigen, welche Kraft dem Verbands einwohnt und wie sehr sie sich an sich selbst und ihren Familien verbindigen, wenn sie nicht als schrei- liche Mitstreiter in unsern Reihen stehen. Auch darf sich niemand in dem Glauben wiegen, daß nunmehr auf längere Zeit Ruhe ist und deshalb keine Notwendigkeit mehr besteht, der Organisation die Treue zu bewahren und seine Pflichten zu erfüllen. In stre Position wird immer wieder von den ver- einzelt am Verbands herantretenden, daher wäre es Verrat am Verbands, wenn auch nur ein einziges Mitglied seinen Posten verlassen würde. Wir brauchen die bevor- stehende ruhige Tarifperiode zur Weiterentwicklung und zum Ausbau unsres Arsenal, damit wir kommenden Stürmen noch besser gewappnet als bisher trotzten könnten.“

### Tarifföhne des Hilfspersonals

ab 1. April bis zum 30. September 1927.

Orts- klasse	17 bis 19 Jahren		19 bis 21 Jahren		21 bis 24 Jahren		über 24 Jahren	
	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn
0	21,63	45	25,75	54	28,84	60	33,99	71
2 1/2	22,17	46	26,39	55	29,56	62	34,84	73
5	22,71	47	27,04	56	30,23	63	35,69	74
7 1/2	23,25	48	27,68	57	30,91	64	36,54	75
10	23,79	49	28,33	58	31,59	65	37,39	76
12 1/2	24,33	51	28,97	60	32,45	68	38,24	80
15	24,87	52	29,61	62	33,17	69	39,09	81
17 1/2	25,42	53	30,26	63	33,89	71	39,94	83
20	25,96	54	30,90	64	34,61	72	40,79	85
22 1/2	26,50	55	31,54	66	35,33	74	41,64	87
25	27,04	56	32,19	67	36,05	75	42,49	89
1)	27,63	58	32,88	69	36,89	76	42,77	91
2)	28,22	59	33,56	70	37,55	78	43,66	91
3)	29,61	61	34,70	72	38,63	80	45,06	94

#### Angelegenheiten

Orts- klasse	17 bis 19 Jahren		19 bis 21 Jahren		über 21 Jahren	
	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn
0	19,36	40	21,42	47	23,07	48
2 1/2	19,85	41	21,96	48	23,65	49
5	20,33	42	22,50	47	24,23	50
7 1/2	20,82	43	23,03	48	24,80	52
10	21,30	44	23,57	49	25,38	53
12 1/2	21,78	45	24,10	50	25,96	54
15	22,27	46	24,64	51	26,53	55
17 1/2	22,75	47	25,17	52	27,11	56
20	23,24	48	25,71	53	27,69	58
22 1/2	23,72	49	26,24	54	28,26	59
25	24,21	50	26,78	56	28,84	60
1)	25,21	53	27,69	58	29,06	62
2)	25,74	54	28,26	59	30,28	63
3)	26,78	56	29,36	61	31,42	65

#### Constige Hilfsarbeiterinnen

Orts- klasse	17 bis 19 Jahren		19 bis 21 Jahren		über 21 Jahren	
	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn	Wochen- lohn	Stunden- lohn
0	15,24	31	16,89	35	18,54	39
2 1/2	15,63	33	17,31	36	19, —	40
5	16,01	33	17,74	36	19,47	41
7 1/2	16,39	34	18,16	38	19,93	42
10	16,77	35	18,58	39	20,39	43
12 1/2	17,15	36	19, —	40	20,86	44
15	17,53	37	19,43	41	21,32	45
17 1/2	17,91	37	19,85	41	21,78	45
20	18,29	38	20,27	42	22,25	46
22 1/2	18,67	39	20,69	43	22,71	47
25	19,06	40	21,12	44	23,18	48
1)	20,27	42	22,25	46	24,23	50
2)	20,69	43	22,71	47	24,73	52
3)	21,63	45	23,69	49	25,75	54

1) Hannover, 2) Dresden, München, Stuttgart, 3) Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig.

### Der Verbandsbeitrag

Ab 1. April 1927 erhöhte sich der Verbandsbeitrag um nur 10 Pf., und niemand wird behaupten wollen, daß diese Er- höhung einmal nicht berechtigt und zum andern nicht zu tragen wäre. Aber hin und wieder steigen doch hier und da Bedenken auf. Wie, wenn es mit der Beitragserhöhung ebenso mit der „Schraube ohne Ende“ gehen muß. Ja, muß! Wegen der naturgemäßen Zunahme an Invaliden! Nur, daß die Fronten unsres Verbandes nicht rot zu leiben haben, wird jeder einseitige Kollege gern die Bürde tragen. Jeder? Ja, jeder nach seinen Kräften.

Da sei mir — lange vor der Sprudelfeier der von mir an- geschmittenen Frage auf dem nächsten Verbandstage — ge- stattet, folgenden Vorschlag den Verbandskollegen zur De- batte zu stellen im Interesse unsres auch heute noch mäch- tigen Verbandes.

Unser Verbandsbeitrag setzt sich bekanntlich aus Bei- trägen zu verschiedenen Zwecken zusammen, zum Teil auch für Invalidentfonds. Da nun naturgemäß der über Tarif bezahlte Teil unsrer Kollegen leichter den Beitrag zahlen könnte, so wäre es meines Erachtens nur gerecht, die Weser- entlohnung zu höherer Leistung anzuhalten, etwa nach Art der Kranken- usw. Versicherung. Es könnten z. B. Staffeln

für die Bezugsberechtigung bei Invaldität eingerichtet werden; etwa 30, daß die bis 3 M. über Tariflohn die 1. Klasse bildeten, bis 6 M. die 2., bis 10 M. die 3. und über 10 M. die 4. Klasse. Daß der erhöhte Leistung eine gewisse erhöhte Gegenleistung gegenüberstellen muß, ist von vornherein zu sagen. Bei Bemessung der Invalidenunterstützung wäre ebenso zu verfahren wie bei Festsetzung der Sozialversicherung: Jodel Beiträge in Klasse 1 plus Klasse 2 usw. ergeben den Unterstützungssatz. Dies zunächst mein Vorschlag zur Debatte. Das hierzu nötige statistische Material wird zu gegebener Zeit von berufener Seite geliefert bzw. zu liefern sein. Es werden voraussichtlich zu diesem Thema für und Wider zu Worte kommen, auch Schreiber dieses hat ernstlich diese beiden Seiten erwogen, will aber noch nicht alles für in diesem ersten Artikel sprechen lassen, um nicht von vornherein den Mitsprechern ihres Vorschlages — und auch den Widersachern — alles Material zu entziehen bzw. zu liefern. Es ist jedenfalls eine ernste Frage, die zur Debatte steht: Ernst für die Alten, die für uns in den Grünberghausen kämpfen, ernst für uns Jungen, die den Schulwall Verband nun aufrechterhalten können mit Opfern. Deshalb, Kollegen: Schauen wir uns um und lernen wir aus der Geschichte der Gewerkschaften, die seit Jahren schon gestaffelte Beiträge haben, ohne die Einheit zu fördern. Nur der ist ein rechter Hausvater, der vorerst für das Alter.

S a l l e a. d. S.

S. M.

### Das Buchgewerbe im Ausland

**Österreich.** Die letzte genossenschaftliche Gehilfenversammlung in Wien war auch von einer Delegation des Oremiums befehligt. Nach mehrjähriger Unterbrechung entsandte das Oremium in diese Versammlung ihren Präsidenten nebst zwei anderen Prinzipalen und den Unternehmensleiter. Gehilfenobmann Weigelt berichtete über die Tätigkeit des Gehilfenausschusses und über die wesentlichen Vorkommnisse im gewerblichen und Organisationsleben. Allgemeines Interesse beanspruchte der Bericht über die Verhältnisse in der Druckerei des Missionshauses. St. Gabriel bei Wölling, in der zur Herstellung gewerblicher Arbeiten sogar Schulkinder verwendet werden. Gehilfen im Sinne des Tarifs gibt es dort nicht, wohl aber sieben Lehrlinge; diese müssen sich verpflichten, nach dem Auslernen Leantilber zu werden. Doch sind die Verhältnisse in diesem künstlerischen Kunsttempel anscheinend so gut, daß die Lehrlinge trachten, sofort nach dem Auslernen aus diesem Betriebe auszutreten. Wegen Nichtbefolgung des Tariflohn wurde schon seinerzeit über dieses Unternehmen die Sperte verhängt. **Belgien.** Der Verband der Buchdrucker, über die Verhältnisse in der Buchdruckerei Laysen, derzeit, drei Jahre, ohne bisher, eine Erhöhung gefunden zu haben. Ein weiteres Interesse erweckten ferner die Ausführungen des Kollegen Weigelt über die Vorgänge in der 1809 gegründeten, ersten Wiener Bereichsbuchdruckerei, die zum großen Teil dem Berliner Jugenberg-Konzern, „Mutuum“-W.G. gehört. (Jugenberg ist jetzt beauftragter Reichstagsabgeordneter und war früher Generaldirektor der Krupp-Werke.) Diejenige Betrieb und seinem aus Berlin bestellten „Leiter“ Norbert Salb wurde schon in Nr. 76 des „Korr.“ vom Vorjahre beschriebene Ermahnung getan und der Bankrott dieser Wiener „Mutuum“-Filiale vorausgesagt. Technischer „Leiter“ dieses Unternehmens ist der 1886 in Reichshaus i. Gf. geborene, 1924 vom Gau Berlin aus dem Verbande ausgeschlossene Kurt Simon, der viel von seiner angeblichen Gehilfenwertretätigkeit zu erzählen weiß. Trotzdem diese Druckerei gut beschäftigt war, wurde das ganze Personal, das zum Teil jahrelang (bis zu 53 Jahren) im Betrieb war, entlassen, mit dem nur zu durchgeführten Zweck, um es um seine erworbenen Rechte zu bringen und die Entlassenen eventuell gegen neue Arbeitsbedingungen einzutauschen. Der rückständigen Löhne wegen mußten sich die Entlassenen an das Gewerbegericht wenden. Nun mehrere der gesperrte Betrieb das Ausgleichsverfahren an. Der zu solche Plan, die Druckarbeiten einweisen in Kommission andern Betrieben zu überweisen, wurde von der Organisation vereitelt, indem diese Arbeiten nur dann in einer andern Druckerei hergestellt werden dürfen, wenn der Auftraggeber als Besteller erscheint. Nachdem Herr Salb und sein Blatus Simon so ihre Felle davonschwimmen saßen, wurden sie gegen die Organisation ausfällig und sie mußten es sich gefallen lassen, daß sie im Verbandsorgan „Vorwärts“ in einem Artikel „Sakentzenlogisches Geschäftsgehabens“ unter Beweisestellung der Blige und der ordinären Lumperei geseien wurden. Wie „gut“ dieser Betrieb auch technisch geleitet wurde, erhellt am besten aus einer Publikation des Tarifamtes im Unternehmer- und im Gehilfenorgan, wonach auf Antrag des Hauptverbandes der Buchdruckereibesitzer Österreichs gegen diesen Betrieb im Sinne des Tarifs wegen Schmutzkonkurrenz die Strafe der Tarifunterwerfung verhängt wurde. Damit wurde über diesen Betrieb die Sperte verhängt. Angehörige des so in Grund und Boden „Janixerten“ Unternehmens kommt nun Herrn Simon eine Art Grusel an, und er trifft wider Willen Anstalten, wieder in Deutschland eine Druckerei mit seiner Leitung zu begründen. Er ziehe in Frieden, aber recht bald! Zum Gehilfenobmann wurde wieder Kollege W a l f W e i g e l t, zu seinem Stellvertreter N t o n S m i t t gewählt. Die Wiener Buchdruckerherberge wurde im vergangenen Jahre von 318 reisenden Kollegen frequentiert

(gegen durchschnittlich 900 vor dem Kriege), von denen 225 Reichsdeutsche, 44 Österreicher und der Rest Mitglieder andrer Verbände waren. Der Stand der Arbeitslosen ist beärrlich hoch und scheint selbst durch die bevorstehenden Wahlen in den Nationalrat keine wesentliche Berringerung zu erfahren. Ende Februar waren im graphischen Gewerbe 480 Gehilfen, 138 männliche und 175 weibliche Hilfsarbeiter arbeitslos; dazu kommen vom Genselverband 406 und von den Buchbindern 1121, zusammen im graphischen Gewerbe 2410 Arbeitslose. Im Buchbindergewerbe beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die schon länger als zwei Jahre arbeitslos sind, mehr als 20 Proz. der Beschäftigten.

**Schweiz.** Die im letzten Bericht erwähnte Kontrahentenkonferenz hat am 24. März in Luzern getagt. Eine ganze Anzahl wichtiger Geschäfte harzte der Erledigung und einer gründlichen Aussprache. Der erste zur Behandlung gelangende Punkt betraf den Offize- und Tiefdruck. Nachdem sich neuerdings alle gültigen Verständigungsversuche mit den Lithographen zerstückten, und zwar infolge der Unnachgiebigkeit der letzteren, blieb nichts andres übrig, als daß sich die Tarifkontrahenten im Buchdruckgewerbe über das Vorgehen in dieser Frage einigten. Es wurden denn auch eine Reihe von Vorschlägen gutgeheißen. Es wird sich nun zeigen, ob die geplanten Maßnahmen, die vorerhand nicht veröffentlicht werden, zum Ziele führen. Eine sichtbare Konkurrenz ist dem schweizerischen Buchdruckgewerbe durch die Verwissenschaftigungsapparate entstanden. Merkwürdig ist, daß dieselben Behörden, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen sollen und für die Unterstützung der Arbeitslosen zu sorgen haben, sich ebenfalls solcher Apparate bedienen und dadurch noch mehr Arbeiter brotlos machen. Hier tritt die illoyale Konkurrenz der Frauarbeit besonders zutage, denn auf den Bureau werden nur billige weibliche Angestellte an den Apparaten beschäftigt. In dieses Kapitel gehören auch die immer mehr überhand nehmenden K o s t e r d r u c k e r e i e n. Bereits sind in solchen gegen 150 weibliche Personen beruflich tätig, während andererseits Hunderte von gelernten Buchdruckern arbeitslos sind. Es wurde von der Konferenz den beiden Zentralvorständen der Auftrag erteilt, gegen diese Konkurrenz die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Die große Arbeitslosigkeit, namentlich bei den Druckern, brachte es mit sich, daß vom Typographenbund eine V e r r i n g e r u n g d e r Z a h l d e r Z u d r u c k e l e h r l i n g e verlangt wurde. Nach gründlicher Aussprache einigte man sich dahin, daß gegen Ende des Jahres eine Statistik über die Verhältnisse aufgenommen werden solle, auf Grund deren man zum ganzen Fragenkomplex nochmals Stellung nehmen könne. Die Konferenz gab auch erwünschte Gelegenheit, einmal die S i e h e r u n g d e s K o n t r a h e n t e n r e c h t s zu verlangen und beabsichtigte Maßnahmen vorzunehmen, was Kollege Schlumpf denn auch tat und mit Beispielen belegte, wo Verbandsmitglieder durch Unorganisierte oder Mitglieder der Gewerkschaft ersetzt wurden. Der Typographenbund müsse unbedingt verlangen, daß diese Praxis endlich aufhöre, da es ihm sonst nicht mehr möglich sei, an der Durchführung der Preisverordnung für das Buchdruckgewerbe mitzuwirken. Vom Buchdruckerverein wurde zugelegt, die Hand zu bieten zur Bekämpfung solcher Auswüchse. Es wird sich nun zeigen, wie weit man Wort halten wird und will. Die a l l e m e i n e A r b e i t s l o s i g k e i t lastet immer noch schwer auf den verschiedenen Industrien auch bei uns in der Schweiz. Nach einer Schätzung in der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ betrug die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 1926 rund 45 000 bei etwa 800 000 unselbständig Erwerbenden aus Industrie, Gewerbe und Handel, die in Betracht kommen. Auch das Buchdruckgewerbe stellt einen ansehnlichen Prozentsatz dazu, so waren Ende Februar 116 Drucker und 153 Geher als konditionslos gemeldet, in einer Zeit, wo man sonst Hochsaison hatte. Das Zentralkomitee des Typographenbundes hat in Würdigung dieser Verhältnisse die Dauer der Konditionslofenunterstützung für das Jahr 1927 auf 90 Tage verlängert.

**Rußland.** Die schlechte Geschäftslage der graphischen Betriebe, die das besondere Merkmal des ganzen verflorenen Jahres war, hält noch unvermindert an. Nach wie vor sind mindestens 15 Proz. der Verbandsmitglieder ohne Beschäftigung, wozu noch etwa 12 000 Kurzarbeiter kommen. Es steht zu befürchten, daß die Sommermonate den Prozentsatz der Erwerbslosen noch steigern werden. Am dieser betrübenden Erscheinung zu steuern, bedarf die ganze graphische Industrie einer durchgreifenden Reorganisation. Die vielen Zwergbetriebe, die meist als Zulieferbetriebe den Verlagen und den einzelnen Wirtschaftsverwaltungen angegliedert sind und nur selten genügend Beschäftigung haben, sollen zusammengelegt und einem einheitlichen Trust unterstellt werden, um dann über die vorliegenden Aufträge besser disponieren zu können. In der nächsten Zeit sollen die Druckereien so viel Aufträge zugeführt werden, daß der Prozentsatz der Erwerbslosen möglichst auf den Nullpunkt herabgedrückt wird. Insbesondere soll die volkshilfende und die technische Literatur in massenhaften Auflagen herausgegeben werden. Der große Andrang der ungelerten Arbeiter zur Industrie bedingt, daß sie mit ihrem Beruf und dessen mangelfähigen technischen Verzweigungen besser vertraut gemacht werden, denn durch gute Berufskennntnis wird auch die Qualität der Ware gehoben. Zerlegewandte Ingenieure und andre einschlägige Praktiker erhielten schon den Auftrag, den technischen Lehrbüchern leitfähigen Inhalt zu geben. Für den Absatz dieser Bücher, auf

auf Kredit, sollen besonders die gewerkschaftlichen Organisationen sorgen, zumal die Preisstellung erschwingliche Grenzen erhält. Bei den geringen Löhnen kann heute selten ein Arbeiter ein Buch kaufen. „Die Kunst, die kulturelle Bildung geht an uns vorüber.“ So hieß es neuerdings in einer Moskauer Buchdruckerversammlung, „wir haben keine Möglichkeit, Theater- und künstlerische Kinovorstellungen zu besuchen oder bildende Vorträge anzuhören, weil die Eintrittskarten unerreichbar und nicht nach unserer Tasche sind. Unre Bibliotheken sind leer oder mit Makulatur angefüllt. Es ist lächerlich, zu sagen, daß wir, die Erzeuger des Buches, keine Möglichkeit haben, ein Buch zu lesen. Wir sind wie Schülter ohne Schuße.“ — Der Mangel an Aufträgen bewirkt, daß der unlautere Wettbewerb zwischen den einzelnen Druckereien das erlaubte Maß weit überschritten hat, so daß man schon von einer S c h m u t z k o n k u r r e n z i n h ö c h s t e r P o t e n z reden kann. Die einzelnen Druckereien unterbieten den Preistarif um 20 bis 50 Proz., unterbieten sogar die eignen Gestehungskosten, nur um Aufträge zu ergattern. Es ist sogar vorgekommen, daß eine Druckerei dem Agenten für die Vermittlung von Druckaufträgen mehr gezahlt hat als sie für deren Herstellung erhielt. Bei solcher Kalkulation muß am Ende jeder das Betriebskapital angegriffen werden. Die Folge davon ist schließlich zeitweise Stilllegung oder Schließung des Betriebes und eine weitere Vermehrung des Arbeitslosenheeres. Dieser unlauteren Praxis beschleunigen sich besonders die Hausdruckereien der einzelnen Behörden, die auch das Defizit hinterher decken müssen. Darunter befindet sich auch die Druckerei der offiziellen „Zswjestia“. In Saratow verstieg sich eine Betriebsleitung sogar zu dem Versuch, die Arbeitslöhne zu kürzen, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. In Krasnojarsk am Don wurden die Gehilfen der Don-Polygraph-Druckerei massenhaft entlassen, weil die Trans-Druckerei 50 Proz. Nachlaß auf den normalen Preistarif gewährte. Um den gewährten Rabatt einzubringen und das Betriebskapital zu schonen, griffen manche Betriebe sogar zu betrügerischen Manipulationen, indem sie den Satz „Kredit“, z. B. wird ein Buch von 120 Seiten auf 180 Seiten getrieben. Wie man dieses Kunststück zustande bringt, ohne den typographischen Geschmack zu verwalken, ist ziemlich unerfindlich. Auf diese Weise muß der Verlag ganz erhebliche Überpreise bezahlen. Wie auf einer polygraphischen Konferenz festgestellt wurde, nimmt dieses Abel immer größeren Umfang an und verteuert das Buch ganz erheblich. Wegen solche Geschäftsführung will der Zentralrat des polygraphischen Verbandes strenge Maßnahmen ergreifen und darauf dringen, daß die Schmutzkonkurrenz ausgeschaltet und die Preispolitik nach einheitlichen Regeln mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gehandhabt wird. — Die L o h n e r e p r ä s e n t a n t e n d e s g r a p h i s c h e n G e w e r b e s sind, was ja für einen Arbeiterstaat selbstverständlich ist, durch Lohnstarife geregelt. Aber weniger selbstverständlich ist es, daß die Tarifbestimmungen seitens des staatlichen Unternehmens auch eingehalten werden. Oft kommt es vor, daß die Tarifverhandlungen sich monatelang hinzuziehen. Dafür ein Beispiel aus der Fjodorow-Druckerei in Leningrad: Die Tarifverhandlungen zwischen dem polygraphischen Trust und dem Wirtschaftsamt begannen schon im Oktober 1925. Im Februar 1926 wurde endlich der Vertrag abgeschlossen, der hauptsächlich das Berechnen regelte. Die Betriebsleitung verminderte jedoch einige Positionen, weigerte sich auch, den Ausschlag für Überarbeit zu bezahlen. Der dann folgende Konflikt fiel zugunsten der Betriebsleitung aus. Sie mußte ihren Fehler eingestehen. Aber einen Fehler bekennen und ihn beseitigen ist zweierlei. Die Betriebsleitung zahlte eben die schuldige Lohndifferenz nicht aus. Im Februar 1926 ging die Angelegenheit an die Konfliktkommission, am 15. März an das Schlichtungsamt. Im weiteren Instanzenzug kam eigentlich das Arbeitsgericht an die Reihe, statt dessen wurde die Sache dem Betriebsrat überwiesen. Hier blieb der Streitfall ein halbes Jahr im Schußfaß liegen, bis er schließlich im juristischen Sekretariat des Verbandes landete, wo er wieder drei Monate der Ruhe pflegte. Bis heute ist er noch nicht erledigt. Das Bemerkenswerteste dabei ist, daß viele Arbeiter, die auf der Auszahlung der Lohnbifferenz hochbeinig bestanden, wegen „Berminderung des Etats“ entlassen wurden. Dieses Beispiel, das mehr oder weniger verwandte hat, beweist zur Genüge, daß auch im Arbeiterstaat Rußland die kapitalistischen „Belange“ noch reichlich gegenüber den Arbeitern herausgehakt werden. Die Arbeiter sind in den meisten Fällen die Unterlegenen. Das erklärt sich daraus, daß die Verbände nur eine passive Autorität gegenüber den Wirtschaftsorganen besitzen. Bei einem Konflikt werden die Mitglieder nicht viel nach ihrer Meinung gefragt. Der Streitfall wird in vielen Fällen einfach von oben herab, d. h. durch den Verbandsvorstand „beigelegt“. Ein einfaches Verfahren! — Eine erst kapitalistische Unflut scheint sich auch in den kommunikativen Druckereien einzubürgern: das W e t t l e g e n. Während in Westeuropa selten mehr ein Buchhändler auf diesen kapitalistischen Pflanzkeim kriecht, scheint in Rußland das Wettsetzen einen günstigen Boden gefunden zu haben. In Samara wurde neuerdings eine solche Vorstellung mit 13 Akteuren gegeben. Das Publikum bestand aus etwa 700 Buchdruckern. Mit dem Chronometer in der Hand wurden die letzten Möglichkeiten der Ausbeutung gemessen. Im textlichen Handlag errang den ersten Preis (goldene Uhr, dazu der hochtrabende Titel: Handseker erster Klasse) ein schon älterer Handseker namens Ignatiew. Der erste Preis im Maschinensatz kam nicht an den Mann. Vielleicht

ist ein kapitaler Spritzer die Ursache gewesen. Sonderbarerweise sind Samaras Schwarzkünstler der Meinung, daß das Wettfeßen öfter zu wiederholen sei, um so die Intensität und die Qualität der Arbeit zu heben. Hoffentlich werden die russischen Wettfeßer den westeuropäischen Prinzipalen keine Dofferte machen!

**Frankreich.** Sollen wir dem Verband den Charakter der reinen Kampforganisation wahren oder sind ihm, unter strenger Befestigung der gewerkschaftlichen Aufgabe, gut-eingerichtete Unterstützungseinrichtungen anzuschließen? Das ist die Frage, die der Vorschlag des Zentralkomitees, die Verbandsbeiträge zeitgemäß zu erhöhen, in den Vordergrund der Diskussion innerhalb des französischen Buchdruckerverbandes gestellt hat. In der letzten Nummer der „Imprimerie Française“ tut in gut dokumentierten Ausführungen Kollege Sellier dar, daß es an der Zeit sei, mit der alten französischen Auffassung aufzuräumen, die beweisen will, daß die Arbeiterorganisationen nur mit revolutionären Prinzipien ihr Ziel erreichen könnten und wer unnütze Ballast der Unterstützungseinrichtungen demnach abzulehnen sei. Sellier meint, das Beispiel der Organisationen anderer Länder sollte den französischen Arbeitern zu denken geben und verweist auf einen Aufruf des Generalsekretärs der Roten Gewerkschaftsinternationale, worin dargetan wird, „daß der Mitgliederbestand der französischen unilären, d. h. kommunistischen Syndikate sich alle ein oder zwei Jahre zu 75—80 Proz. erneuert, d. h. daß die Arbeiter die Syndikate nur als Durchgangsstation bewerten, die ihnen helfen sollen, ein nächstliegendes Ziel zu erreichen, um ihnen nachher wieder den Rücken zu kehren. Es müsse ein für allemal mit dem alten Vorurteil aufgeräumt werden, daß die Unterstützungseinrichtungen der Verbände die Kampftracht der Mitglieder lähmen. Diese Einrichtungen seien im Gegenteil eine mächtige Hilfswaffe im sozialen Kampf der Arbeiterchaft und auch die revolutionären Arbeitermassen müßten dazu erzogen werden, in ihren Syndikaten von dieser Waffe Gebrauch zu machen.“ Dank seiner Unterstützungskasse — obson deren Leistungen augenblicklich unzulänglich sind — kann schon heute der französische Buchdruckerverband, im Gegensatz zu andern Berufsorganisationen, auf einen festen Stamm von Mitgliedern zählen, die ihm in allen Lagen treu bleiben, deren Reihen aber noch fester gefügt und bedeutend erweitert werden, wenn durch ausgiebige Erhöhung des Verbandsbeitrages die jetzigen Unterstützungseinrichtungen den Erfordernissen der Zeit angepaßt werden können. Man kann dem Kollegen Sellier nur beifallichten, wenn er behauptet, daß dieser Zeitpunkt durch die langen Vorbereitungen einer Urabstimmung weiter hinausgeschoben werde. Es sollte resolut zur befreienden Tat geschritten werden. — Die Sektion der Pariser *L i n o t y p e m e c h a n i k e r* hat einen Beschluß gefaßt, demzufolge in Zeiten von Arbeitslosigkeit diejenigen Mitglieder, die mehr als sechs Schichten wöchentlich arbeiten müssen, weil sie sich nicht erheben lassen können, einen Ertzbeitrag von 20 Fr. zu zahlen haben zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen. Der Sektionsbeitrag wurde auf 13 Fr. pro Monat festgesetzt. Die Versammlungsschwünge werden mit 5 Fr. in Strafe genommen. — Die Sektion *A g e n s e* setzte den Wochenbeitrag für Vollmitglieder auf 3,50, für Lehrlinge und Arbeiterinnen auf 1,50 Fr. fest. — *N e u e L ö h n e*: Grasse 40; Libourne 35; Valence 36; Mont-de-Marsan 33; Chalons-sur-Saone 34; Valenciennes 34; Bannes 28; Quimper 31,50; Saint-Malo 30; Niort 27,50 Fr. — Die französische Regierung hat für die *E n t r e e f r e m d e r A r b e i t e r* in Frankreich folgende Bestimmungen erlassen: 1. Jeder Ausländer, der sich nach Frankreich bezieht, um dort eine besoldete Stelle anzutreten, muß im Besitz eines Arbeitsvertrages sein, der für Industrie- oder Handelsarbeiter mit dem Sichtvermerk des „Service central de la Main-d'oeuvre Etrangere du Ministère du Travail“ versehen sein muß. 2. Derjenige Ausländer, der, ohne im Besitz eines solchen Arbeitsvertrages zu sein, mit einem gewöhnlichen Paß in Frankreich eingereist ist, um dort eine besoldete Stelle anzutreten, kann keine Identitätskarte erhalten; er muß infolgedessen das Land verlassen. 3. Derjenige Arbeiter, der schon in Frankreich beschäftigt war, und nach seiner zeitweiligen Heimkehr dorthin zurückkehrt, um seine alte Stelle wieder anzutreten, braucht keinen neuen Arbeitsvertrag vorzuzeigen. Es genügt die Vorlegung des Urlaubsscheines sowie des Rückberufungsscheines des Unternehmers, wofür letzteres, wie oben angegeben, von dem zuständigen Ministerium visiert sein muß. Die französische Regierung hat außerdem verordnet, daß der Inhaberbeschein oder der Arbeitsvertrag eines jeden fremden Arbeiters in Zukunft obligatorisch von einem mit dem französischen Konsularvisum versehenen ärztlichen Zeugnis begleitet sein muß. Dieses Zeugnis muß besonders angeben, daß der Inhaber geimpft worden ist, von keiner Ansteckungs- oder Geisteskrankheit befallen und physisch zu der ihm zugeteilten Arbeit geeignet ist. Es muß von einem von der französischen Gesundheitsbehörde anerkannt und gewählten Arzte herrühren. Das Honorar geht zu Lasten des Antragstellers. Das Konsularvisum ist kostenfrei. Was die Ausländerkarte anbetrifft, so wird bestimmt, daß die Ausgabe oder die Erneuerung der Karte durch das Steueramt erfolgt, und zwar mittels einer Zahlung von 100 Fr., resp. von 20 Fr., wenn es sich um den reduzierten Tarif handelt. Die Ausländerkarte ist obligatorisch für jeden Ausländer, der sich länger als zwei Monate in Frankreich aufhält. Die Gültigkeitsdauer der Karte beträgt zwei Jahre.

**Palästina.** Zurzeit sind unter den insgesamt 30 000 Gewerkschaftsmitgliedern etwa 8000 Arbeitslose, die lediglich

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied

in Hamburg



**Ernst Voigt**  
Eingetreten am 18. März 1877  
Auer & Co. (Hamburg)



**Hermann Drews**  
Eingetreten am 1. April 1877  
Auer & Co. (Hamburg)



**Wilhelm Herte**  
Eingetreten am 1. April 1877  
Gensch & Seyje (Hamburg)



**Herm. D. D. Suhling**  
Eingetreten am 1. April 1877  
Gensch & Seyje (Hamburg)



**J. G. Chr. Herbold**  
Eingetreten am 8. April 1877  
Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg)



**Rudolf Otto**  
Eingetreten am 1. April 1877  
Ist Invalide



**D. P. A. Biesewig**  
Eingetreten am 8. April 1877  
„Hamburger Börsehalle“



**Heinrich Giffey**  
Eingetreten am 8. April 1877  
„Hamburger Anzeiger“



**C. C. E. Taschner**  
Eingetreten am 8. April 1877  
„Hamburger Fremdenblatt“

auf die wöchentliche Gewerkschaftsunterstützung von 40 Grsch (8 M.) angewiesen sind. Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkt sich in dem kleinen Lande, das in erster Linie auf Investierung von Produktionsmitteln von außen her angewiesen ist, besonders scharf aus. Im Buchdruckgewerbe bestehen einige größere Betriebe in Tel-taio, Jerusalem, Jaffa und Haifa, in denen die vier hebräischen Tageszeitungen hergestellt werden. Außerdem gibt es eine große Zahl Zwergebetriebe. Die Arbeiterchaft hat vier Genossenschaftsdruckereien eingerichtet, in denen zurzeit 129 Buchdrucker beschäftigt sind. Der Durchschnittslohn beträgt hier etwa 10 ägypt. Pfd. Sterl. (202 M.) im Monat. Im ganzen dürften etwa 300 Buchdrucker im Lande sein. Die Auflageziffern der Zeitungen schwanken um 6000. Die Hildruth howdm, die hebräische Landesgewerkschaft des Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes gibt eine Tageszeitung „Davar“ („Das Wort“) heraus. Außerdem geben die sozialistischen Parteien Wochenzeitschriften, Broschüren und Bücher zur kulturellen Arbeit innerhalb des jüdischen Proletariats heraus. Die Nachfrage nach Büchern ist sehr stark im Lande, doch wird die meiste Literatur, vor allem in Deutsch und Englisch von den Herstellungsändern eingeführt. Der Aufschwung der hebräischen Literatur und damit des einheimischen Druckgewerbes wird durch Geldmangel, aber auch durch technische Schwierigkeiten im Satz und im Lesen der hebräischen Lettern sehr erschwert. Die Organisation der arabischen Arbeiterchaft stößt auf nationale und sprachliche Schwierigkeiten. Doch steht zu hoffen, daß, von den größeren Betrieben ausgehend, die Gewerkschaftsbewegung auch unter den Arabern Fortschritte macht.

## Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit

Der Kampf um den Achtstundentag ist in den letzten Wochen in Deutschland in ein aktiveres Stadium getreten. Soweit wir Buchdrucker hierbei in Frage kommen, haben die mit dem 2. April in Kraft getretenen abgeänderten Reichstatist für Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen auch auf diesem kulturellen Gebiete wesentliche Klarheit und Fortschritte geschaffen. Von maßgebenden Kennern und Führern in gewerkschaftlichen Kreisen wird die für das Buchdruckgewerbe gefundene und tariflich festgelegte Lösung dieses Problems als vorbildlich bezeichnet. Zudem wird diese allgemeine Feststellung machen, können und dürfen wir trotzdem dem Kampf, den die übrige Arbeiterchaft Deutschlands bezüglich der Notwendigkeit einer vernünftigeren und zeitgemäßen Regelung der Arbeitszeitfrage zu führen hat, und dabei leider infolge ungenügender Organisationsverhältnisse im allgemeinen wie auch infolge wieder einmal jutage getretener Unzuverlässigkeit der christlichen Gewerkschaften mit schweren Opfern zu rechnen hat; nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Wir sehen daher in einer weitgehenden Auffklärung über den Stand der Dinge nicht außerhalb unseres Gewerbes ein wesentliches Hilfsmittel für eine Unterstützung des Kampfes der übrigen Arbeiterchaft auch in unserem Interesse. Auf den im Deutschen Reichstag durch eine wichtige Anklage von unfres Kollegen Peter Grafmann am vergangenen Sonnabend eröffneten parlamentarischen Kampf um den Achtstundentag und gegen das Arbeitszeit-Notgesetz der Reichsregierung werden wir nach Abschluß der diesbezüglichen Reichstagsverhandlungen noch besonders eingehen.

Besondere Beachtung verdient in dieser Beziehung zunächst die jüngste Stellungnahme der Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sowie des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenvereinigungen, also ohne die Spitzenorganisationen der christlichen Gewerkschaften, zu dem neuen Arbeitszeitnotgesetz der Reichsregierung. Die genannten Spitzenorganisationen kamen dabei zu einer entschiedenen Ablehnung des Entwurfs und haben dafür folgende Erklärung abgegeben:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften ebenso entschieden abgelehnt werden muß wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf. Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Überschreitung des Zehnstundentages einzuführen.

Am den für die regelmäßige Überschreitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern.

Aber selbst die Überschreitung des Zehnstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeiter und die wachsende Not der Millionen Arbeitsloser erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeiterchaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von überzeitarbeit fortab aus eigenem Entschluß abzulehnen. Selbstverständlich bezieht sich die vorstehende Aufforderung zur Ablehnung jeder Leistung von überzeitarbeit nicht auf Gewerbe oder Industrien, in denen eine tarifliche Ver-

ständigung über die Festlegung des Achtfundentags wie bei uns im Buchdruckgewerbe erfolgt ist. Daß aber die durch unsern Tarif gegebene Möglichkeit zur Vermehrung von Überstunden (nach § 8 Ziffer 1 des Tarifs) durch diese allgemeine gewerkschaftliche Forderung eine besondere Bedeutung erlangt und zweckdienliche Beachtung bedingt, glauben wir nicht noch näher begründen zu müssen. Die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes ist verpflichtet, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Reihen das Mögliche zu tun und die dafür gegebenen tariflichen Rechte und Pflichten im wohlverstandenen eignen Interesse zur Geltung zu bringen. Nachstehender Aufruf eines unserer volkswirtschaftlichen Mitarbeiter dient zur Aufklärung über den sonstigen Stand der Dinge auf dem hier in Frage kommenden Gebiete.

Wohlgelauten die Konjunkturberichte optimistischer als im Vorjahr, wohl hat sich der Beschäftigungsgrad einiger Industrien (vor allem im Baugewerbe, Holzindustrie, Metall- und Maschinenindustrie und Spinnstoffgewerbe) diesmal bereits im Februar gehoben, was gewöhnlich sonst nicht der Fall ist — trotzdem sieht der Arbeitsmarkt immer noch trübsal aus. Erfreulich ist zwar der Rückgang der Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern — die Prognostik der Volkserwerbslosen betrug Ende Februar 1927: 16,9 Proz. (Januar 18,9 Proz.), die der Kurzarbeiter 5,7 Proz. (Januar 6,4 Proz.) —, erfreulich ist auch die Zunahme der offenen Stellen (sie stiegen von 32 816 Ende Januar auf 42 953 Ende Februar, d. h. um mehr als 30 Proz.). Eine andre Entwicklung weist aber die Gesamtmasse der Erwerbslosen auf: ihre Zahl bewegte sich seit Anfang 1927 bis zum 1. März unverändert um 1,9 bis 2 Millionen herum, und hatte damit ungefähr die Höhe des Jahres 1926 erreicht. Im März ist allerdings eine Wendung eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus Erwerbslosen- und Krisenfürsorge betrug am 15. März nur noch 1 601 000. Dieser starke Rückgang wurde nur durch die Abnahme der weniger als ein Jahr Erwerbslosen bewirkt, denn die Zahl der Ausgesteuerten stieg von 193 000 Mitte Februar auf 223 000 Mitte März; d. h. gerade die Arbeiter, die am längsten unter der Erwerbslosigkeit leiden, haben wenig Hoffnung, wieder in den Produktionsprozeß aufgenommen zu werden.

Ansteigende Konjunktur, Ausdehnung des Produktionsumfanges und trotzdem Stabilisierung eines Erwerbslosenheeres von einem Ausmaß, das vor 1926 selbst in Zeiten des Darniederliegens der deutschen Wirtschaft nicht erreicht war, bedeutet nicht nur dauernde Ausschaltung eines beträchtlichen Teils der Arbeiter aus dem Produktionsprozeß, sondern auch unerträglich gesteigerte Ausbeutung der noch in Arbeit Stehenden. Die Steigerung der Ausbeutung zeigt sich an dem ständigen Wachsen der Produktionsmengen pro Arbeiter, die nur zum Teil durch Verbesserung des sachlichen Produktionsapparats, in überwiegendem Maße durch Erhöhung der Intensität der Arbeit und durch unerhört verlängerte Arbeitszeit bewirkt worden ist. Steht doch nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Verbesserung der maschinellen Ausrüstung Deutschlands erst am Anfang. Aber den Anfang dieser Arbeitsverlängerung hat kürzlich die Reichsarbeitsverwaltung eine Erhebung angestellt. Das Ergebnis derselben ist für den Durchschnitt der deutschen Wirtschaft zu günstig, weil man zwar Industrien mit besonders starker Überarbeit prüfen wollte, dabei aber an vielen typischen Wirtschaftszweigen, wie Braunkohlenbergbau, Raife, Zement-, Papierherstellung, Handel und Verkehr, vorübergehend und das Klein- und Mittelgewerbe überhaupt nicht berücksichtigt. Trotz alledem ist das Ergebnis vielsagend genug: von insgesamt 750 000 Arbeitern im Maschinenbau, Metall-, Textil-, Leder- und Tabakindustrie waren nur knapp 20 Prozent wöchentlich 48 Stunden beschäftigt, über 51 Prozent arbeiteten länger als 48 Stunden, ein Drittel der Gesamtzahl sogar länger als 52 Stunden! Das bei muß bemerkt werden, daß der Rest von 20,7 Prozent, der weniger als 48 Stunden arbeitete, zu einem großen Teil als Kurzarbeiter zu betrachten ist. Charakteristisch für die Zuspitzung der Arbeitsverhältnisse im Laufe des Rationalisierungsjahres 1926 ist die Tatsache, daß im April von etwa 743 000 Arbeitern 218 046 über 48 Stunden arbeiteten, im Oktober bereits 395 000. Mit am schlimmsten sind die Zustände wohl in der Textilindustrie, für die der Textilarbeiterverband eine interessante Statistik aufgestellt hat. Danach wurden in der Woche vom 12. bis 18. Dezember 1926 von 418 378 Textilarbeitern 2 116 377 Überstunden geleistet, das macht auf den Kopf 5,1 Überstunden. Bei voller Ausnutzung der 48-Stunden-Woche für alle Erfahren hätte es demnach Beschäftigungsmöglichkeit für 44 090 Erwerbslose gegeben. Nimmt man diese Zahlen als typisch an, so könnten bei Einführung des Achtfundentages alle erwerbslosen Textilarbeiter wieder eingestellt werden. (Die Erwerbslosen machten im Dezember 10 Prozent der Organisierten aus.) Das entspricht dem Ergebnis der Untersuchung des Bergarbeiterverbandes, nach welcher im dritten Vierteljahr 1926 so viel Überstunden verschaffen wurden, daß alle etwa 30 000 erwerbslosen Bergarbeiter hätten voll beschäftigt werden können.

Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet Senkung des Lohnniveaus und Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, diese wiederum bewirkt eine Verstärkung des Drucks der industriellen Reservearmee auf die Löhne der Beschäftigten — dieser verhängnisvolle Zusammenhang, der das Schicksal des einzelnen Arbeiters so eng mit dem seiner Klasse ver-

knüpft, hat sich allmählich tief in das Bewußtsein der deutschen Arbeiterchaft eingegraben. Es scheint, als ob der Kampf der beiden Klassen um die Profitrate sich seit längerem kristallisiert um den Kampf um die Arbeitszeit. Das Jahr 1927 begann mit einer Hochflut von Tarifkündigungen, deren wesentlichster Zweck der Verkürzung der Arbeitszeit ist. Allerdings endeten die meisten Verhandlungen mit einem Siege der Unternehmer, die die Schlichter in der Regel auf ihrer Seite haben. So wurde für die Solinger und Remscheidler Metallindustrie die 53—54-Stunden-Woche, für die Hagen-Schwelmer Metallindustrie die 55-bis-58-Stunden-Woche festgelegt, in allen drei Gebieten für die Feuerarbeiter sogar das Zweischichtensystem unverändert beibehalten. Der Reichstarif für das Bankgewerbe hält den „prinzipiellen“ Achtfundentag, aber die tatsächliche 51-Stunden-Woche durch die berichtigte „Rann-Wortschrift“ bis zum 1. März 1928 aufrecht. Die Forderung der Bergarbeiter auf Einführung der Siebenfundentagschicht wurde sowohl an der Ruhr wie in Oberschlesien abgelehnt; es bleibt bei der Achtfundentagschicht unter Tage (Oberschlesien behält bis 1. September 1927 noch 8½ Stunden), über Tage wird in Oberschlesien weiter 10 und 12 Stunden gearbeitet, das Ruhrgebiet verkürzt auf 9 und 10 Stunden. Nur in einem Fall hat die Offensive der Arbeiter mit einem Sieg geendet, allerdings ist das auch der einzige Fall, dem ein tatsächlicher Kampf vorausging. Die Leipziger Metallarbeiter erzwangen durch dreiwöchigen Streik, daß der Schlichter seinen ersten Schiedsspruch durch einen zweiten, günstigeren ersetzte; danach darf die 48-Stunden-Woche nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung verlängert werden, jede bewilligte Überstunde muß mit Lohnzuschlägen von 10 bis 60 Proz. bezahlt werden. Der einzige deutsche Reichstarifvertrag, der den Achtfundentag in einwandfreier Weise wieder zur Geltung bringt, ist der neue Buchdrucktarif, der am 2. April in Kraft getreten ist. Eine Überschreitung der tariflich festgelegten täglich achtstündigen Arbeitszeit durch Überstunden ist im Buchdruckgewerbe nur noch zulässig, wenn keine Neueinstellungen von Arbeitslosen mehr möglich ist und noch sonstige Voraussetzungen zur Vermehrung von Überstunden im Benehmen mit den Betriebsräten erfüllt sind. Jede erste Überstunde an einem Tage ist mit einem Aufschlag von 25 Proz. auf den aus dem Wochenlohn (nicht nur Tariflohn) des betreffenden Arbeiters errechneten Stundenlohn zu bezahlen und jede weitere Überstunde mit je 5 Proz. Aufschlag mehr. In dieser Richtung haben die Buchdrucker dank ihrer strengen Organisation und gewerkschaftlichen Disziplin auf dem Gebiete der Arbeitszeitregulierung wieder einmal sich als Pioniere der Arbeiterchaft erwiesen.

Der Kampf um die gesetzliche Wiederherstellung des Achtfundentages ist dadurch in ein entscheidendes Stadium getreten, daß seitens der Reichsregierung der Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz beschlossen und dem Reichstag ausgereicht worden ist. Das steht im Regierungsentwurf vorliegende Ergebnis langer Verhandlungen ist mehr als kläglich. Die einzige wesentliche Neuerung gegenüber dem jetzigen Zustand ist die Befreiigung der Straflosigkeit des Unternehmers bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit. Die vorgeschlagene Bestimmung, daß innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines Tarifvertrages durch die Behörden keine längere Arbeitszeit als die tarifliche zugelassen werden darf, wird in absehbarer Zeit kaum wesentliche Bedeutung gewinnen, da zurzeit das Bestreben der Gewerkschaften dahin geht, durch Klüftung der Tarifabkommen die darin enthaltene zu lange Arbeitszeit zu beiseitigen. Der von allen Gewerkschaftsrichtungen unbedingt verlangte Lohnzuschlag von 25 Proz. ist unvermeidliche Mehrarbeit über acht Stunden hinaus ist im Regierungsentwurf nur grundsätzlich zugebilligt, aber mit so viel Ausnahmen ausgestattet, daß eine Umgehung des Lohnzuschlages überhaupt, zum mindesten aber die Festsetzung eines sehr viel niedrigeren als 25 Proz. nicht schwer fallen wird. Eine erhebliche Verschlechterung bringt der Regierungsentwurf durch die Befreiigung der achtstündigen Höchstarbeitszeit für die besonders gefährdeten Berufe, die in Zukunft den allgemeinen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung, d. h. dem zehnstündigen Tag unterstellt werden sollen. Auch die zehnstündige Arbeitszeitgrenze ist sehr labil; es sind eine Reihe von Möglichkeiten vorgeesehen, von denen die gefährlichsten die sogenannten Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten sind, die eine Überfreisetzung des 10-Stunden-Tages gestatten. — Die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Sozialen Ausschuß des Reichstages macht nur sehr langsame Fortschritte. Es ist den Vertretern der freien Gewerkschaften gelungen, den Organisationsrat der Regierungsentwurfs durch einen andern zu ersetzen, der den Wünschen der freien Gewerkschaften stärker entgegenkommt, in dem er einen zentralisierten Reichsträger für die kommende Versicherung vorstelt und diesem Träger die Landesarbeitsämter und Arbeitsnachweise als Zweigstellen angliedert. Der Kreis der Versicherung konnte trotz der wohl begründeten Ausführungen der Vertreter der freien Gewerkschaften im Ausschuß nicht erweitert werden. Ebenso ist bisher in der Versicherung die Pflichtarbeit für Jugendliche unter 21 Jahren und für langfristige Erwerbslose erhalten geblieben, die Anwartschaft auf 20 Wochen verlängert worden, die Unterstufungsdauer auf 26 Wochen verkürzt worden und danach die Krisenfürsorge des Entwurfs mit der Bedürftigkeitsprüfung aufgenommen worden. Schließlich hat auch die Unterstufung streifender und ausgesperrter Arbeitnehmer eine völlig unerträgliche Regelung erfahren, die nahezu

einem Antistreitgesetz gleichkommt. — Da die Arbeitslosenversicherung am 1. April d. J. nicht in Kraft treten konnte, hat der Reichsarbeitsminister die wichtigsten Ausführungsverordnungen zur Erwerbslosenfürsorge über den 1. April hinaus verlängert, vor allem das Gesetz über eine Krisenfürsorge sowie die Anordnungen über Kurzarbeiterfürsorge. R. C.

## Zur deutschen Wirtschaftslage

Das beginnende Frühjahr bringt die so lange erwartete und angeklagte Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit in einem höheren Ausmaß, als sich aus der nur geringen Besserung des Arbeitsmarktes folgern ließe. Infolge der Rationalisierung können erheblich gesteigerte Umsätze mit relativ geringer Neueinstellung von Arbeitskräften bewirkt werden. Der Kohlenbergbau hat trotz Beendigung der englischen Sonderkonjunktur immer noch einen sehr guten Abschlag. Die Halbenbestände sind geringfügig. In der Ausfuhr macht sich zwar die wiedererwartete englische Konkurrenz stark fühlbar, auch ist der Bedarf an Hausbrandkohle verschwunden. Die Belebung der Eisen- und Stahlindustrie und der übrigen Industriezweige hat jedoch die Kohlennachfrage derart gesteigert, daß die Bergwerke trotzdem gut beschäftigt sind. Die Eisen- und Stahlindustrie ist bis auf einzelne Produkte, wie Salzguss, gut beschäftigt und erwartet von der Belebung der Bauwirtschaft und von den Bestellungen der Reichsbahn eine anhaltende Konjunktur, zumal ihre Produktion gegenwärtig auf mehrere Monate verträglich festgelegt ist; desgleichen sind die Walzwerke mit Aufträgen versorgt. Ein neuer Zug in der Konjunkturentwicklung ist die sehr erhebliche Besserung im Maschinenbau, sowohl was die Ausfuhr wie den Inlandsabsatz angeht. Die deutsche Maschinenausfuhr ist bereits die zweitgrößte der Welt. Ein zweiter Industriezweig, der, wie die Maschinenindustrie, mit am längsten daniederlag, die Schiffbauindustrie, erfreut sich einer außerordentlichen, durch die Subventionen des Reichs noch besonders begünstigten Sonderkonjunktur. Die Riesenbauwerke der Schiffahrtsgesellschaften haben den Werften zu umfangreichen neuen Arbeiten verholfen. Die Schiffahrtsgesellschaften selbst haben trotz Beendigung der englischen Sonderkonjunktur lohnende Beschäftigung und Frachträge, vor allem infolge der umfangreichen Getreideverfrähtungen. In der Generalversammlung der AEG. und des Siemens-Kongress wurde von der günstigen Geschäftslage der Elektrotechnik berichtet. Auch sind die meisten Zweige der Textilindustrie gut beschäftigt. Endlich steht mit dem Beginn des Frühjahrs die gesteigerte Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Baugewerbe bevor. In der Landwirtschaft ist der Düngemittelverbrauch in der letzten Zeit sehr erheblich gestiegen. Das Baugewerbe aberlangt, so ist zwar die Finanzierung der Wohnungsneubauten immer noch nicht ausreichend sichergestellt. Dennoch deutet die Zunahme der angemeldeten Bauvorhaben auf eine baldige Belebung des Baumarcktes hin. Betrachtet man dieses Bild einer allgemeinen Konjunkturbelebung, so wird das Vorhandensein von fast zwei Millionen Arbeitslosen in ein großes Licht gerückt: wenn trotz guter Konjunktur die Arbeitslosigkeit in diesem Umfang bestehen kann, so ist das ein Zeichen dafür, daß man mit der Unterbringung der arbeitslosen Massen für lange Zeit nicht rechnen darf, zumal, wie der Reichswirtschaftsminister Curtius hervorhob, die technische Rationalisierung der Betriebe, welche zur weiteren Freisetzung von Arbeitskräften führen wird, noch in ihren Anfängen steht.

Die Konjunkturbelebung hat weitgehende Änderungen am Geld- und Kapitalmarkt herbeigeführt. An Stelle der bisher vorhandenen ungewöhnlichen Geldfülligkeit ist eine Geldknappheit eingetreten. Die Kreditansprüche der Industrie und die jüngst ausgegebenen inneren Anleihen nehmen erhebliche Summen in Anspruch. Der Zustrom der Auslandsanleihen ist infolge der Senkung des Zinsfußes in letzter Zeit ausgeblieben. Somit kam es zu einer Geldverknappung mit erheblicher Steigerung der Zinssätze. Letzteres hat allerdings den internationalen Geldmarkt wieder in Bewegung gesetzt, es kommen wieder Auslandsgebe, zumeist kurzfristig, ins Land. Ein weitere Konsequenz der Geldverknappung ist der Rückgang der Aktienkurse, der bereits seit Anfang des Jahres andauert. Die ausgedehnten Aktienkurse entsprachen seit langem nicht mehr der Rentabilität der Unternehmungen, so hoch man sie immer veranschlagt. Sobald also die künstliche Unterstufung des Effektenmarktes durch Bankrotte infolge der Geldknappheit unterbunden wurde, mußte der auch sonst gerechtfertigte Kursrückgang auf der Börse eintreten. Wenn sich die Kurse trotzdem noch auf einer beträchtlichen Höhe hielten, so zeugt dies von den Hoffnungen der Aktienbesitzer auf sehr gesteigerte Erträge in der Zukunft. Die jüngst veröffentlichten Bilanzabschlüsse von Großunternehmungen in der Schwerindustrie (Vereinigte Stahlwerke), der Elektroindustrie (AEG., Siemens), Schiffahrt (Hapag, Lloyd usw.), Banken (Dresdner Bank), Rumpfeisenindustrie (Glanzstoff) zeigen die sehr günstige Finanzlage jener Unternehmungen. Die in den Bilanzen ausgewiesenen Gewinne geben, wenn sie auch beträchtlich hoch sind, kein Bild von den wirklichen Profitten, weil die Geschäftspolitik der deutschen Großindustrie gegenwärtig auf die Stärkung der inneren Reserven der Unternehmungen an Stelle von Verteilung großer Dividenden hinausgeht. Allerdings werden gegenüber dem Vorjahr sehr erhöhte Dividenden zur Verteilung gelangen. Trotz ihrer günstigen



falls einmütig wiedergewählt. Sie wurde um ein Mitglied erweitert. Über das Zurückziehen unter der Form entspann sich noch eine rege Missprache, in deren Verlauf man zu der Überzeugung kam, daß speziell am Tegel und dazu noch bei alter Schrift eine Zurückziehung unter der Form für einen guten Fortdruck nur von Nutzen sein kann. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Sonderbestimmungen für Drucker eingehend zu studieren und auch zu befolgen.

Greiz i. B. Unfre starbeseuchte Versammlung am 7. März befaßte sich eingehend mit den Mantel- und Lohnverhandlungen. Die gesamte Kollegenchaft kritisierte scharf den Schiedspruch des Zentralratschiedsamts, der bloß der kommenden Mietsteigerung Rechnung trage, aber die schon längere Zeit andauernde Lebensmittelsteigerung nicht im geringsten berücksichtigte. Nach einer längeren Debatte erklärte sich die Mitgliedschaft mit dem Ergebnis des Schiedspruches völlig unzufrieden. Die Erledigung einer Aufnahme sowie der Bericht des Kartellbelegierten bildeten den Abschluß.

Halle a. d. S. Im März fanden zwei Ortsvereinsversammlungen statt, die beide einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatten. In der Versammlung am 1. März widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Beshe, den man nur selten in der Versammlung vermisse, anerkennende Worte; die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß auf dem Arbeitsnachweis noch 34 Seher, 17 Drucker, 1 Maschinenleger, 1 Stereotypsetzer, zusammen 53 Kollegen, eingetragen sind, Überstunden deshalb vermieden werden müssen. Der Kassenbericht vom vierten Vierteljahr wurde einstimmig genehmigt; der Jahresabschluss wies einen Rückgang des Vereinsvermögens auf. Als nächster Punkt war der Bericht von den Tarifverhandlungen vorgesehen; da diese aber noch nicht zu Ende geführt waren, mußte Herr Köhler von der Allgemeinen Ortsliste einspringen, um über „Rechte und Pflichten in der Reichsversicherungsordnung“ zu referieren. Unbegreiflich ist die Bestimmung, daß die Kasse über 60 Jahre alte Mitglieder abweisen kann, wenn keine besondere Krankheit vorliegt und nur Alterserleichterungen in Frage kommen, ebenso bestehen unfaßbare Bestimmungen in bezug auf Krankenunterstützungsanspruch; eine auf Abhilfe hinzielende Entschließung wurde angenommen.

Am 8. März fand eine außerordentliche Versammlung statt, in welcher unser Gauvorsitzer König über die Tarifverhandlungen Bericht erstattete. In der Aussprache kritisierte ein junger Kollege, daß der „Korr.“ die Annahme des Tarifs empfindet, da hierdurch die Abstimmung beeinflusst würde; ferner wünschte er, daß als Entgelt für den Extrabeitrag jedem Kollegen die Verhandlungsgeschichte ausgehändigt würde. Die Stellungnahme der Versammlung zu den neuen Abmachungen gipfelte darin, daß die Gehilfenschaft die schwerere Arbeit ihrer Organisationsvertretung anerkannte, andererseits aber das geringe Entgeltkommen der Prinzipale verurteilte. Ferner nahm die Versammlung Stellung zu den Literaturarbeiten in Leipzig und Jena. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung des Ortsvereins Halle nimmt Kenntnis von den ungeheuren Urteilen, die in Leipzig und Jena gegen einige ihrer Kollegen ausgesprochen worden sind. Die Urteile sind deshalb schon unfaßbar, weil die tariflichen Bestimmungen jedem Angehörigen des Buchdruckwesens die Pflicht auferlegen, den Anordnungen seines Arbeitgebers Folge zu leisten. Die Versammlung erwartet von ihren Berufsangehörigen und ihren Gewerkschaftsinstanzen, daß sie mit ihr den schärfsten Protest gegen derartige Urteilsprüche erhebt und alle Mittel anwendet, um solche Urteile in Zukunft unmöglich zu machen.“ Zweiter Vorsitzender Krüger gab noch einen kurzen Bericht über das Gewerkschaftskartell. 11 000 Mitgliedern im Jahre 1914 stehen jetzt 15 000 gegenüber, der höchste Stand war zu verzeichnen 1921 mit 37 000 Mitgliedern; die Kassenverhältnisse sind befriedigend. Aus dem Bericht über die einzelnen Gewerkschaften entnehmen wir noch, daß unser Ortsverein 1868 gegründet wurde, nächstes Jahr also auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Heide (Holt). Am 13. März fand hier eine Bezirksversammlung statt, in der Gauvorsitzer Brüter (Kiel) einen eingehenden Bericht über die Tarifverhandlungen erstattete. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Bezirksversammlung des Bezirks Heide hat den Bericht über die Lohn- und Manteltarifverhandlungen entgegengenommen. Die Versammlung bringt zum Ausdruck, daß das Ergebnis den Erwartungen der Gehilfenschaft nicht entspricht und bedauert bei der geringen Lohnverhöhung die langfristige Festlegung des Abkommens. Dem Lohnabkommen wird in der Erkenntnis zugestimmt, daß auf dem Wege der Verhandlungen nicht mehr zu erreichen war.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die von fast sämtlichen Druckorten sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Siedesheim. In unserer Versammlung am 7. März berichtete nach Erledigung der Vereinsmitteilungen Kollege Pfingsten (Sannover) über die Tarif- und Lohnverhandlungen und empfahl nach einem kurz skizzierten Verlauf der Lohnverhandlungen das Gesamtergebnis zur Annahme. Nach dem Bericht setzte eine rege Diskussion ein. Wenn auch der Arbeit unserer Unterhändler Dank und Anerkennung gezollt wurde, so erfuhren aber doch verschiebende Positionen eine scharfe Kritik. Im Schlusswort ging der Referent auf diese Ausführungen ein und bemerkte, daß bei der Abstimmung sich die Kollegen nicht von einzelnen nicht genügend befriedigten Wünschen leiten lassen, sondern den ganzen Tarif, in denen doch wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen seien, sich als Richtschnur dienen lassen sollten. Der Kartellbericht und einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Jena. In unserer Versammlung am 4. März, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, berichtete Gauvorsitzer Wisla u (Weimar) über die Tarifverhandlungen. Die Versammlung gab zum großen Teil zu den Ausführungen und zu dem Ergebnis ein Einverständnis. Die Opposition war mit dem Resultat nicht zufrieden, da eine ungünstige Zeit gewählt worden wäre. Als günstigster Zeitpunkt sei der 1. Oktober zu wählen infolge der in Betracht

kommenden Hochkonjunktur. Wegen der Verteilung von Buchdrucker durch das Reichsgericht wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 4. März 1927 im ‚Löwen‘ zu Jena stattgefundene Buchdruckerversammlung protestiert gegen die Verteilung von Buchdruckern durch das Reichsgericht. Die Buchdrucker leben in den Urteilen des Herannahenden einer vorwärtlichen Zeit. In Anbetracht dessen, daß wir als Buchdrucker nur Lohnarbeiter sind und die Aufträge unserer Prinzipale auszuführen haben, protestieren wir gegen die Tendenzurteile gegen unsre Kollegen und verlangen vom Verbandsvorstand und VOBV, Verhandlungen mit den Reichstagsfraktionen der politischen Arbeiterparteien zwecks Verhinderung solcher Urteile. Aus der neuen Strafprozeßordnung muß unbedingt hervorgehen, daß Drucker und Seher für alle Druckerarbeiten straflos bleiben müssen. Die Buchdrucker Jenas rufen das gesamte graphische Gewerbe zum Kampfe gegen die ‚Medler-Justiz‘ auf.“ Am 12. März wurde aus Anlaß des 60jährigen Bestehens des Ortsvereins eine Festsversammlung veranstaltet. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, ebenso Vertreter einzelner Bezirksorte. Kollege Schäfer übermittelte die Glückwünsche des Gau- und Thüringen. Verschiedene wurden das Fest durch Konzerte und Liedernoträge des Gesangsvereins „Gutenberg“. Es nahm einen harmonischen Verlauf. Druddereibestiger Kämpfe und Kollege Engau konnten auf 60 Jahre bzw. 50 Jahre Verbandszugehörigkeit zurückblicken.

Kempten. Unfre Versammlung am 11. März stand im Zeichen der neuen Tarifabschlüsse. Es zeigte sich in erster Linie große Teilnahme an dem Hinscheiden unfres bewährten Gauvorsitzers Hemmerich, und die Versammlung ehrte dessen hochwertige Führertätigkeit und erhabenen Sinn gegenüber allem Kleinlichen durch Erheben von den Sigen, während Vorsitzender Oberlein warme Worte des Dankes und der Anerkennung für die aufopfernde und freundliche Hingabe des allzu früh Verbliebenen nachsagten ließ. Im weiteren Verlauf der Versammlung trat in Punkte Tarifabschlüsse eine scharfe Ernüchterung in den Vordergrund. Nur mit Erbitterung unterwarf sich die Versammlung den Beschlüssen. In Sachen Manteltarif kam unerbittlich zum Ausdruck, daß die Neuregelung absolut unvollständig sei. In der Feierstunde, die für uns ein Hauptkontext bildet, insofern der sich bei uns jagenden Feierstage, sei nicht nur nichts erreicht, sondern durch Umstellung des ersten Satzes trat sogar eine Verschlechterung ein. Die abnormen Teuerungsverhältnisse am hiesigen Orte hätten dringend einen Aufbau des 12proz. Lokalaufschlags benötigt. So wurde auch der neue Beitrag möglichst geringgenommen. Die Entgegennahme des Kartellrichts und die Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten folgten als weitere Tagesordnungspunkte.

Wien. Eine reichhaltige Tagesordnung verzeichnete unsere Bezirksversammlung am 11. März. Der Vorsitzende Janzen gedachte zunächst dreier verstorbenen Kollegen und ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Unter „Geschäftlichem“ wies er zunächst auf die Wichtigkeit der Betriebsratswahlen hin. Beim Punkt „Aufnahmen und Ausschluß“ setzte eine lebhafte Debatte ein, speziell über das Restantenwesen. Die Versammlung verlangte mit aller Entschiedenheit, daß der Vorstand mit dieser Mißwirtschaft endlich aufräumen möge und nicht mehr eine solche Langmut an den Tage lege, zumal diese Nachsicht stark mißbraucht werde. Der heutige Appell an die säumigen Zahler solle eine ernste und letzte Mahnung sein. (Sechs Kollegen verfielen aus diesem Grunde dem Ausschluß.) Der dritte Tagesordnungspunkt brachte den Bericht des Kollegen Janzen über die Bezirksvorsitzerkonferenz. Dazu machte Kollege Bertram ergänzende Mitteilungen. Unfer einer sehr lebhaften Aussprache zu diesem Punkte fand eine solche darüber statt, daß die Tiefdruckmaschine nicht ausschließlich den Buchdruckern zugesprochen worden sei. Gleichzeitig kam erneut zum Ausdruck, daß die Druckerkollegen unbedingt mehr den § 17 der Sonderbestimmungen für Drucker (Machinenbedingung) beachten müßten. Die Kollegen, die hiergegen verstoßen, sollen zur Rechenhaft gezwungen werden. Nummer folgte unter Punkt 4 ein Antrag des Vorstandes: „Der in der Aprilversammlung 1926 gefasste Beschluß betr. Sonderbeitrag und Sonderunterstützung wird am 26. März aufgehoben.“ Begründet wurde dieser damit, daß in unserm Bezirk eine größere Arbeitslosigkeit nicht mehr vorhanden ist. Dem Antrag wurde insofern stattgegeben, daß die noch im Bezüge der Sonderunterstützung befindlichen Kollegen bis zur Aussteuerung weiter unterzückt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde ein eingegangener Antrag, den Beitrag um 10 Pfennig zu erhöhen, um unfre durchreisenden Kollegen besser unterzücken zu können, angenommen. Der Gesamtbeitrag beträgt also zukünftig 2,20 M. Unser diesjähriges Johannistfest soll am 25. Juni in Gestalt eines Gartenfestes begangen werden; es ist hierfür die „Flora“ in Aussicht genommen. Der Punkt „Verföhrenes“ brachte noch einige interne Vereinsangelegenheiten.

Ludwigshafen-Mannheim. (Drudder.) Einige außerordentlich genussreiche und interessante Stunden wurden uns am 13. März im Stala-Theater Mannheim-Rindenhof bereitet. Der Vorstand hatte die Kollegen für den Lichtbilder- und Filmvortrag „Die Windsbraut“ der Maschinenfabrik Scheller & Giesele (Leipzig), vertreten durch Herrn Ingenieur Ferdinand Maier, eingeladen. Kurz nach 10 Uhr konnte unser Kreisvorsitzender Kollege Siedner vor fast vollständigem Hause den Vertreter der Firma Scheller & Giesele begrüßen, worauf letzterer das Wort zu seinen Ausführungen nahm. Der Film, wie auch die Lichtbilder, bot uns viel Neues und Überraschendes. Der Referent verstand es ausgezeichnet, seine Zuhörer durch seine überaus sachmännlichen Ausführungen zu fesseln. Ein Durchschauen einer Ausstellung, welche Druckproben der Windsbraut wie auch der sonstigen Maschinenzeugnisse der Firma Scheller & Giesele zeigte, wurde mit großem Interesse von den Kollegen befolgt. Der Wunsch der Kollegen geht dahin, in Zukunft des öfteren solche lehrreichen Vorträge abhalten zu können.

Bl. Wünnen. (Korrektoren. — Vierteljahrserbericht.) Am 8. Januar fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die mehrere Aufnahmen erledigte, von dem Ergebnis statistischer Erhebungen Kenntnis nahm und technische Fragen behandelte. Aus der Statistik ergab sich, daß

in einigen Fällen noch Nichtbuchdrucker als Korrektoren, sogar eine Korrektörin, beschäftigt sind. Kollege Georg Widemann hielt einen sehr interessanten Vortrag über: „Die indogermanischen Sprachen“. Der Redner gab einen Überblick über deren Entstehung und Entwicklung aus dem Sprachstamm der einzelnen Völkersämme und erläuterte an Beispielen seine Ausführungen. — Am 5. März war die Hauptversammlung. In üblicher Weise wurde des verstorbenen Kollegen Gauvorsitzers Hemmerich, der uns stets gern bei Ausmerzung von Mißständen beifällig war, gedacht. Vier Kollegen wurden aufgenommen und der Jahresbericht genehmigt. An Mitgliedsbeiträgen sind in Bayern zu verzeichnen: Innsbruck 4, Augsburg 8, Bamberg 3, Donauwörth 2, Freising 3, Kempten 3, München 89, Nürnberg 7, Nürnberg 21, Regensburg 11 und Würzburg 11. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; der wöchentliche Beitrag auf 15 Pf. festgesetzt. Als Mitgliedsbeitrag zum Deutschen Sprachverein wurden 60 M. genehmigt, wofür 20 Zeitschriften „Muttersprache“ uns geliefert werden. Für den Reineke-Denkmal-Fonds sind 20 M. bewilligt worden. In den nächsten Wochen werden in Augsburg und Nürnberg zwei Wanderversammlungen abgehalten.

München. (Machinenleger.) Am 6. Februar fand unsere Jahresversammlung statt. In seinem Bericht streifte der Vorsitzende nochmals die Maschinenlehre in München, die sich wie ein roter Faden durch alle Versammlungen des letzten Jahres zog. Ende des Jahres konnte eine Einigung mit der Prinzipalsorganisation erzielt werden, so daß die tariflichen Belange betreffs Ausbildung von Maschinenlegern an der Schule gewahrt werden. Im übrigen empfahl er den Kollegen den Besuch der Fortbildungskurse. Der Kassenbericht schloß mit einem Bestand von rund 1179 M. ab. Die Mahlen ergaben bis auf den Vorsitzenden, für den eine Neuwahl notwendig wurde, die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Auch eine Technische Kommission wurde gewählt. Für die nächste Zeit sind mehrere technische Vorträge geplant.

München. (Drucker. — Vierteljahrserbericht.) Unfre Versammlung am 5. Februar, in der Kollege Hans Schreyer über „Zurichtung und Druck von Verlagsbüchern“ referierte, war überaus zahlreich besucht. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und regtest Interesse. Vor Eintritt in die Tagesordnung würdigte Vorsitzender Felner in einem tiefempfundnen Nachruf die großen Verdienste unfres so schnell aus dem Leben geschiedenen Gauvorsitzers Hans Hemmerich. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. — Am 12. März fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Felner gab unter „Vereinsmitteilungen“ bekannt, daß dem Antrag der Ortsgruppe München des Bildungsverbandes betreffs einer Zusammenarbeit mit den Sparten stattgegeben wurde und daß ein Vorstandsmitglied als ständiger Vertreter an den Beratungen der Ortsgruppe teilnimmt. Ausdank gab Kollege Döhling einen ausführlichen Bericht über die Lohn- und Manteltarifverhandlungen, insbesondere über die Sonderbestimmungen der Drucker. Bei dieser Gelegenheit wurde auf den Wettbewerb der Schnellpressenfabrik Heibelberg (Druckautomaten) hingewiesen. Es erfolgte sodann der Bericht des Vorstandes, ferner der Kassen- und Revisionsbericht sowie der Bericht des Kreisvorstandes, die sämtlich große Zufriedenheit auslösten. Das schöne Zusammenarbeiten des gesamten Vorstandes wurde gewürdigt und per Affirmation die alte bewährte Vorstandschäft wiedergewählt. Vorsitzender Felner sowie Kreisvorsitzender Herrle sprachen ihren Dank aus für das Vertrauen und wünschten, daß das gute Verhältnis sowie der Versammlungsbesuch auch im neuen Geschäftsjahr anhalten mögen. Ein internationaler Druckertag findet 1928 in München statt. Er dürfte für unsere Spartenbewegung von außerordentlicher Bedeutung sein.

Wien. In unserer hier abgehaltenen Bezirksversammlung am 13. März waren von Wien 30, Sebnitz 14, Neustadt 6, Schandau 6 und Königstein 4 Kollegen anwesend. Nach Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Harlaß erstattete Gauvorsitzer Freitag (Dresden) einen flotten, vorzüglichen Bericht von fast zweistündiger Dauer über die Lohn- und Manteltarifverhandlungen. In der Aussprache kam die Enttäuschung über den mäßigen Erfolg auf dem Lohngebiete und die Meinung zum Ausdruck, daß der Schlichter über die Tragfähigkeit im Buchdruck, insbesondere im Zeitungsgewerbe, sehr rücksichtslos geurteilt habe. Das energische Eintreten unfer Vertreter für die tarifliche Festlegung der reinen 48-Stunden-Woche fand reiflose Anerkennung. Bedauernd wurde, daß die uns bei niedriger Konjunktur zugefügten Verschlechterungen auf dem Gebiete der Ferien und der Feiertagsbezahlung zur Zeit nicht wettgemacht werden konnten. Die Berichte aus den Bezirken ergaben überall geregelte Verhältnisse. Nachdem die Einführung der Lehrlingsordnung, die Berlinfahrt und die Dresdner Jahresfeier noch Gesprächsstoff gebildet hatten, wurde als nächster Tagungsort das neue Naturfreundehaus in Königstein (Elbe) bestimmt.

Schwerin i. M. Unfre Bezirksversammlung am 11. März (medienf. Bugtag) hier statt und wurde vom Vorsitzenden Kopisch geleitet. Dieser teilte mit, daß sich die Abhaltung dieser Versammlung in Schwerin nötig gemacht habe wegen der Berichterstattung von den Mantel- und Lohnverhandlungen, dagegen werde die nächste Versammlung bestimmt in Voigtburg stattfinden. Ferner wies er noch hin auf Überstundenleistung, Betriebsratswahl, Arbeitsgerichte, Mitarbeiter bei der Verhandlungsgeschichte und die Regelung der Bustagsbezahlung in Schwerin. Der Kassenbericht des Kollegen Freitag wies in Einnahme und Ausgabe einen befriedigenden Kassenbestand aus. Anwesend waren Kollegen aus Voigtburg, Krivitz, Dömitz, Gadebusch, Goldberg, Grabow, Ludwigslust, Neustadt, Parghin und Wittenburg. Nicht vertreten waren die Orte Hagenow, Lübbesen und Ribbel. Als Gäste waren 17 Kollegen aus Bismar anwesend. Die Berichterstattung der Orte brachte als Besonderes, daß in Schwerin die Mitgliedschaft in den letzten Jahren von 199 auf 188 zurückgegangen ist. In allen Orten, außer Ludwigslust, ist die Konjunktur befriedigend. Hierauf erstattete Kollege Dahnke Bericht über die Mantel- und Lohnverhandlungen. In der anschließenden Diskussion er-

örterten mehrere Kollegen das Für und Wider des erzielteten Ergebnisses. Angenommen wurde noch ein Antrag, der sich mit der Abschaffung des mecklenburgischen Bußtages vor Ostern beschäftigt. Dieser soll zu passender Zeit bei den zuständigen Stellen eingereicht werden. Sodann wurde auch auf die Genossenschaftsbewegung hingewiesen.

—r. **Siegen.** Am 13. März fand hier die erste diesjährige Bezirksversammlung statt. Der Besuch war gut. Nach Entgegennahme der Mitteilungen und des Jahresberichts fand der vom Vorort gewählte Vorstand seine Bestätigung. Der Kassenbericht war den Mitgliedern gedruckt zugestellt worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter „tariflichem“ erstattete der Vorsitzende Merkel Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Der neu geschaffene Lohn- und Manteltarif wurde eingehender Besprechung unterzogen. Wenn auch die von unsern Vertretern in Berlin geleistete Arbeit Anerkennung fand, so konnte das Gesamtergebnis doch nicht ganz befriedigen. Zur Einführung der neuen Lehrlingsordnung erfolgte die nötige Instruktion. Es erfolgte noch ein Hinweis auf die Wichtigkeit der Betriebsratswahl.

**Straubing.** In der Versammlung am 12. März war fast vollständig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden Sitzasser das Leben und Wirken unseres verstorbenen Gauvorsitzers Hemmerich in ehrenvollen Worten geschildert und auch des verstorbenen Kollegen Nicht in ehrenden Worten gedacht. Der Punkt „Mantel- und Lohnarbeit“, der vom Vorsitzenden erläutert wurde, zeitigte eine sehr rege Aussprache, aus welcher zu entnehmen war, daß man mit dem Erzielen nicht besonders zufrieden ist, insbesondere, daß die Erhöhung des Lohnsatzes nicht recht im Einklang stehe mit dem verlangten Extrabeitrag, und daß man nicht verhehe, daß mit jeder Lohnerhöhung eine Erhöhung des Beitrages verbunden ist. (Berichterstattung sollte doch anerkannt werden, daß die fortgesetzt steigenden Ansprüche auf dem Unterstützungsbereich, namentlich in der Invalidenunterstützung, zur rechtzeitigen Vorsorge mahnen. Schriftleitung.) Ferner wurde besprochen, durch Kundendungen, Lichtbildvorträge usw. das technische Wissen der Kollegen zu erweitern.

**Weimar.** (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Am 6. März wurde hier die erste Halbjahrsversammlung unserer Gauvereinigung abgehalten. Vertreten waren: Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Langensalza, Naumburg, Weimar, Rudolstadt und Weimar. An den Vorstandsbericht schloß sich eine längere Aussprache über tarifliche Angelegenheiten, deren weitere Austragung (auch in organisatorischer Beziehung) der betreffenden Mitgliedschaft zusteht. Der Punkt „technisches“ brachte all die kleinen Schmerzen der Provinzialkollegen, die meistens auf sich allein angewiesen sind, aus Tageslicht, und den betreffenden „Leichtschern“ wurde guter Rat mit auf den Weg gegeben. Die nächste Versammlung soll in Naumburg stattfinden. Zuvor werden sich aber die Mitglieder bei der Jubiläumfeier des Leipziger Stereotypvereins, hoffentlich recht zahlreich, wieder zusammenfinden.

**Zwickau.** In der hier am 13. März abgehaltene Bezirksversammlung brachte uns den Bericht unseres Gauvorsitzenden Dertelt über die Tarifverhandlungen. Die Besprechung wurde eingeleitet durch einen schwingungsvollen Vortrag der „Typographie“ (Zwickau). Darauf entwickelte der Referent ein anschauliches Bild von den Ergebnissen des Tarifabschlusses. In dem mehr als einstündigen Vortrag erklärte der Referent alle Neuerungen und Verbesserungen des Tarifs und erbat am Schluß eine gerechte Würdigung der Ergebnisse. In der Aussprache meldeten sich aus fast allen Bezirksorten Redner zum Wort, diese sprachen teils im zustimmenden, aber auch viele im verneinenden Sinne. In der Hauptsache aber kann gesagt werden, daß sich die Mehrzahl der Kollegen mit dem Tarif als Ausfluß eines Kompromisses abfinden wird. Beim nächsten Punkt besprach Kollege Dertelt die neue Lehrlingsordnung für Sachsen in ausführlichster Weise. Sodann erhielten wir noch Bericht von der ersten Fachausstellung; ferner wurden unsere kleineren Bezirksangelegenheiten geregelt. Besucht war die Versammlung aus allen Orten des Bezirks in stattlicher Anzahl, und es wäre zu wünschen, daß die Kollegen zu allen Zeiten ein so reges Interesse zeigen.

### Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfung.** Der Seherkollege Richard Krauer bestand vor der Handwerkskammer Berlin die Meisterprüfung.

**Das Berliner Linotype-Haus.** Zu den vielen Sehenswürdigkeiten, die Berlin in buchgewerblicher Hinsicht bietet, ist eine neue hinzugekommen: das Geschäft- und Bureauhaus der Mergenthaler Segmashinensabrik an der Ecke der Zimmoiviertel und Chausseestraße. Das mit der Untergrundbahn sehr bequem zu erreichende, unweit des Stettiner Bahnhof gelegene stattliche Linotype-Haus darf infolge seiner äußeren wie inneren künstlerischen und zweckmäßigen Ausgestaltung als einer der bemerkenswertesten buchgewerblichen Bauten Berlins bezeichnet werden. Zu seiner Besichtigung hatte die Direktion der Mergenthaler Segmashinensabrik am 29. März die Vertreter der gesamten Fachpresse eingeladen. Mit lebhaftem Interesse nahmen diese unter Führung der Herren Direktoren Lepold und Albrecht sowie des Herrn Schlotke die zum Teil mit künstlerischen Gemälden aus der Geschichte der Buchdruckerkunst und prächtigen Glasfenster geschmückten Innenräume in Augenschein. In den Ausstellungsräumen wurden den Besuchern die neuesten Modelle der Linotype mit ihren mancherlei Neueinrichtungen und Verbesserungen im Betrieb vorgeführt, ferner die Ludovik-Lithographie für Titel- und Anzeigenarbeiten. Besonders Interesse erweckte bei den Fachleuten der riesige Matrizenaal mit seinen hohen Regalen und Schränken, in denen höchst übersichtlich Matrizen aller Grade und Schriftarten aufgestapelt liegen. Matrizenwerte sind darin enthalten. Wohin man in den einzelnen Etagen des neuen Linotype-Hauses auch blickt,

alles mutet organisatorisch wohlbedacht an und legt Zeugnis ab von der riesigen Entwicklung des ganzen Unternehmens.

**Wüste Angriffe auf polnische Zeitungen.** Nach dem kürzlich gemeldeten Überfall auf die Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz durch zwei Offiziere hat ebenfalls in Katowitz ein neuer Überfall, diesmal auf den leitenden Redakteur von Korfaniz „Polonia“, stattgefunden. Als dieser sich abends um 6 1/2 Uhr in Begleitung des Redaktionssekretärs nach der Redaktion seines Blattes begeben wollte, wurde er auf der Straße von vier Männern überfallen, die mit eisenschlagenden Stöcken auf ihn einschlugen, so daß er zu Boden stürzte. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo unter Maroje zwei schwere Kopfwunden vernäht wurden. Sein Zustand ist ernst. Die Täter, die von dem Begleiter des Überfallenen verfolgt und gefaßt wurden, sind Mitglieder des Aufständigenverbandes. Einen Offiziersbesuch erhielt auch die Redaktion des „Słowo Polskie“ in Lemberg. Dort drangen drei Offiziere ein, die glauben einen Artikel des Blattes als Beleidigung auffassen zu müssen und deswegen den Hauptredakteur des Blattes bedrohten. Dieser ließ jedoch die Angreifer zurück, worauf sie unter Hinterlassung ihrer Karten das Redaktionslokal verließen. Das in Warschau erscheinende Organ der Nationalen Arbeiterpartei, der „Głos Codzienny“, hatte über wüste Szenen berichtet, die ein hoher Staatsbeamter in einem Lokal in Warschau verursacht hatte. Das Blatt wurde daraufhin beschlagnahmt; außerdem hat der Kommandant der Staatspolizei (!) in Warschau dem leitenden Redakteur des Blattes seine Zeugen gesandt. Ebenfalls seine Zeugen gesandt hat der Kommandant der 23. Division dem Hauptredakteur der „Gazeta Robotnicza“, dem Abgeordneten Binickiewicz, weil er sich durch einen infolge des Überfalls auf die Redaktion dieses Blattes in diesem veröffentlichten Artikel getroffen fühlte. Letzterer soll ebenfalls seine Zeugen benannt haben. Über den nationalpolitischen „Kurjer Wozniak“ in Wosien ist seitens der Militärbehörden der Postzoll verhängt worden wegen seiner Angriffe auf Pilsudski und den Staatspräsidenten. Das Journalistenpublikum in Lemberg hat einen scharfen Protest veröffentlicht, in dem auf die sich mehrenden Banditenüberfälle auf die Presse hingewiesen und verlangt wird, daß diesen im Staatsinteresse ein für allemal ein Ende gemacht wird.

**Maschinenführer.** Über Gewalttaten verzweifelter böhmischer Gasarbeiter, die schloß an den Weberaufstand im Gulgengebirge in der Zeit beginnender Maschinenereignisse erinnern, wurde der „Wolfsche Zeitung“ aus Prag berichtet. Danach ist es im böhmischen Jägergebiete, in der Nähe von Goblitz und Tannenwald, zu einer Revolte der sich in ihrer Existenz bedroht fühlenden Glaschleifer gekommen. Die Schleiferindustrie ist in der letzten Zeit vielfach von der Verfeinerung der Glaswaren durch die Schleifer abgetrieben und bekränkt sich auf Schleifmation, die maschinell weitest billiger erzeugt wird. Die Glaschleifer sind dadurch um ihre Erwerbsmöglichkeiten gebracht und haben in den letzten Tagen allerorts Kundengänge gegen die Erzeugung der Schmirgelware veranstaltet. So haben sie aus dem Ranig- und Delle-Tal nach Zannwald und demolieren die Werkstätten, in denen Schmirgelware erzeugt wird. Die Erzeuger der Schmirgelware flohen vielfach, wurden aber zum Teil ergriffen und mißhandelt. In den Werkstätten wurde die Schmirgelware kurz und klein geschlagen. So in der Glaschleiferei Posedel in Ober-Zannwald und in den Glaschleifereien von Sitte und Prebiger in Merchenstern, die gleichfalls Schmirgelware erzeugen. Sitte wollte flüchten, wurde aber ergriffen und geprügelt und mußte schwören, keine Schmirgelware mehr herzustellen. Die aufständigen Gasarbeiter zogen dann in einer Stärke von 1000 Mann auf den Marktplatz in Merchenstern. Nach einer Ansprache drangen sie trotz des Widerstandes von zehn Gendarmen in das Geschäft eines Glaswarenerzeugers und Vertrauensmannes der Regierung Bobel ein, und warfen sämtliche Waren auf die Straße. Die Regierung hat Gendarmereiverstärkungen entsandt. Hoffentlich bleibt dieses nicht die einzige Regierungsmaßnahme gegenüber den vom Gelpent der Arbeitslosigkeit bedrohten böhmischen Gasarbeitern.

**Annahme des Arbeitszeitgesetzes im Reichsrat.** Das Arbeitszeitgesetz, dessen Anzulänglichkeiten von den freien Gewerkschaften am härteste bekämpft wurde, wurde am 31. März vom Reichsrat in der Fassung des Kompromisses der Regierungsparteien angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg-Strelitz. Der Vertreter Hamburgs begründete die ablehnende Haltung seines Senats in einer Erklärung, in der es heißt, daß die in den Anträgen der Reichsregierung vom 23. März vorgesehene zahlreichen Möglichkeiten für eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit über die Grenze des praktischen Bedürfnisses hinausgehen. Auch die Ausnahmeverordnung über eine angemessene Vergütung für geleistete Arbeit könne in der vorliegenden Form nicht als befriedigend betrachtet werden.

**Die Krankenkassen zum Gesekentwurf über die Arbeitslosenversicherung.** Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen e. V., Sitz Berlin-Charlottenburg, hat in einer ausführlichen Denkschrift an den Reichstag Stellung genommen zum Entwurf des Gesetzes über die geplante Arbeitslosenversicherung. Die Denkschrift betont, daß sie sich nur auf Angelegenheiten beschränkt, die unmittelbar mit der Krankenversicherung zusammenhängen. Es sei aber hierbei nicht zu vermeiden gewesen, daß auch grundlegend zu einigen Fragen Stellung genommen sei, die zwar nicht unmittelbar die Krankenversicherung betreffen, die aber über kurz oder lang Rückwirkungen auf die Gestaltung des übrigen sozialen Versicherungsrechts und insbesondere auch der Krankenversicherung haben könnten. Die Denkschrift fordert zunächst den Aufbau des Gesetzes analog den bereits bestehenden sozialen Versicherungsgesetzen. Dann eine größere Mitwirkung der Versicherten, zum mindesten in dem Grade, wie heute in der Krankenversicherung üblich. Starke Bedenken hat die Denkschrift gegen die Fassung des § 30 des Entwurfs, der eine starke Einschränkung der Selbstverwaltung bedeutet. Die Befreiungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Befreiung lehnt die Denkschrift ab. Die freiwillige Weiterversicherung für versiche-

rungsfrei gewordene Arbeiter und Angestellte wird befürwortet. Die Unterhaltungsdauer von 26 Wochen sei viel zu kurz. Diese Begrenzung der Unterhaltungsdauer laufe darauf hinaus, daß die Krankenversicherung weiter als Kriegsversicherung gelte. Die Denkschrift läßt weiter Kritik an den §§ 60, 67, 79, 85, 91, 98 und 127 des Entwurfs, die sich auf das Verhältnis zwischen Kranken- und Arbeitslosenversicherung beziehen und macht begründete Verbesserungsansprüche.

**Einführung der 24-Stunden-Zeit im deutschen Verkehrswesen.** Nachdem die neue Zeiteinteilung im Telegraphenbetrieb bereits seit dem 1. November v. J. zur Einführung gelangt ist, wird die 24-Stunden-Zeit mit dem Inkrafttreten der neuen Fahrpläne am 15. Mai d. J. auch für die übrigen Dienstzweige der deutschen Reichspost und für den Eisenbahnbetrieb eingeführt werden. In die Vorbereitungen der Fahrpläne, des Reichskursbuches und der Postbuchhefte wird folgender Vermerk aufgenommen werden: „Die Zeitangaben des Fahrpläne entsprechen der Stundenabzählung 0 bis 24. Die Uhrzeit genau Mitternacht wird mit 0°, die Anfunftszeit genau um Mitternacht mit 24° bezeichnet.“ Die Unterzeichnung der Mitunterzeichner zur Kennzeichnung der Nachtzeiten fällt damit fort.

### Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutzrechten bereitwillig erteilt.

Einspruchsfrist für Patentanmeldungen: 3 Monate nach Veröffentlichung.

- Patentanmeldungen**  
(veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 17. März 1927):
- Nr. 15a Nr. 88 507 Mergenthaler Linotype Company, Brookl., N.Y., Maschine zur Befestigung der eingehakten Seitenränder von Blättern, die einzeln selbsttätig aus einem Waagenlauf geführt werden.
  - Nr. 15a Nr. 60 887 Georg Carl Heinrich Schmidt, London, „Gummibuchmaschine mit erstem Gummiabdruck und hindurchgehendem Gummibuchstempel“.

**Patenterteilungen:**  
Nr. 15d 442 964 Deutsche Post- und Eisenbahn-Verkehrswesen A.-G., Berlin-Staaten, „Notationsvervielfältigungsmaschine“.

- Gebrauchsmuster:**
- Nr. 15d 983 791 Maschinenfabrik Wipfler, Falkert & Co., L.-G., Wern., „Zahnrad für die Verbindung von Druckmaschinen“.
  - Nr. 15d 983 840 Klein & Ungerer, Seltwa-Deutisch, „Vogel-antennenerzeuger“.
  - Nr. 15d 983 149 Maschinenfabrik Augsburg-Münchener A.-G., Augsburg, „Vorrichtung für Buchdruckmaschinen“.
  - Nr. 15d 983 220 Lindmüller & Schmidt, m. b. H., Wernersdorf i. S., „Zahnrad für die Verbindung von Druckpressen“.

### Verschiedene Eingänge

„Der Sinn der sozialistischen Arbeiterbewegung.“ Verlag Deutscher Arbeiter-Vereine, Berlin SW 16, Preis 35 Pf. „Seid geweiht!“ Ein Spredchbüchlein zur Jugendweihe von Bruno Schönhan, Arbeitervereinsverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. „Kronstein mit Wilmannsplatz 120 M. G., Gebirgsbahnstraße 2 M. Das Auslieferungsrecht ist vom Verlage zu erwerben.“

„Der soziale Arbeiter in der gegenwärtigen Gesellschaft.“ (Schriften der Freien Sozialistischen Hochschule.) Verlag R. S., 28, Diebstraße, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 32 Seiten, Preis 60 Pf.

„Die Wohnungsfrage und die Bedeutung der sozialen Dauerbewegung.“ Von Hermann Müller, 2. Heft, 1. Heft, des Verbandes sozialer Handwerker, herausgegeben vom Verband sozialer Handwerker e. V. m. b. H., Berlin 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6, Preis 50 Pf.

„Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden.“ Von Harald Antonsen, Internationales Gewerkschaftsbüro, 2. Heft, 1. Heft, 1927, Verlag Internationaler Gewerkschaftsbund, Imferdam, Anstalt für Deutschland; Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6, Preis 75 Pf.

### Briefkasten

H. S. in Hfm.: Wir bemerken, daß die in der sehr umfangreichen Arbeit „Gewerkschaften und Zentralitäten“ wirklich die gewerblichen Briefe bringen wird. Denn es großer eine Druckschrift, desto schwerer wird ihre Anlaufschwierigkeit und Beweglichkeit, wie auch die Gefahren bürokratischer Herrschaft mit der Vergrößerung jeder Zentralität wachsen. Sie erkennen selbst an, daß die Arbeit für eine Bewegung im „Kor.“ an Umfang, Internationales Gewerkschaftsbüro, 2. Heft, 1. Heft, 1927, Verlag Internationaler Gewerkschaftsbund, Imferdam, Anstalt für Deutschland; Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6, Preis 75 Pf.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, Fernruf: Amt Selenbelle Nr. 1101, 341 65 345. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, L.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (W. Schwelbitz).

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 28. März 1927 in Nr. 26 des „Kor.“ betreffend Bestellungen auf den neuen Tarif wollen wir nochmals ausdrücklich darauf hin, daß Tarifbestellungen nur angefertigt werden, wenn der Tarifpreis (Kor.) v o e r auf das Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (W. Schwelbitz) überwiesen ist. Der Scheinabkmit ist für die Bestellung zu benutzen. Gleichzeitigkeit bitten wir nochmals, von Einzelbestellungen nach Möglichkeit abzusehen und die Bestellungen gemeinsam durch die Gau-, Bezirks- oder Landesvereine nach hier zu richten. Der Verbandsvorstand.

